

AKADEMIE -REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Buchensee 1 • 82323 Tutzing • Telefon 08158/256-0 • Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> • E-mail: B.Bachmann@apb-tutzing.de



Gebhard Diemer 65:

Eine Institution verabschiedet sich

Nach 35 Dienstjahren ging Gebhard Diemer im Dezember 2000 in den Ruhestand. Langjährige Kollegen und Freunde der Akademie feierten einen wehmütigen Abschied. Prof. Dr. Hans-Otto Mühleisen von der Universität Augsburg hielt den Festvortrag über Wertewandel und ethische Grundlagen der Politik. Diemer appellierte an alle Verantwortlichen: „Bewahrt die Freiheit dieser Akademie!“

Seite 20-21



Akademiedirektor
Oberreuter
verabschiedete
Gebhard Diemer
(links)

Amazonen mit Homepage

Welche Rolle spielen die neuen und neuesten Medien für Kunst und Künstlerinnen? Die neuen Möglichkeiten von Multimedia, Computern und Internet standen im Mittelpunkt eines gemeinsamen Symposions mit der Gesellschaft deutscher und österreichischer Künstlerinnen (GEDOK). 110 Teilnehmerinnen - darunter vier Männer - setzten sich mit den Techniken auseinander und diskutierten Vermarktungschancen der Video-, Net- und Computerkunst. Präsentationen, eine Performance und die Vernissage zur neuen GEDOK-Ausstellung in der Akademie rundeten das vielseitige Programm ab. Ein ausführlicher Bericht folgt im nächsten Heft.



Markanter Blickpunkt der Ausstellung: der Videotower von Dorothea Frigo
Fotos: Schröder

Rechtsextremismus in Europa:

Mit Springerstiefeln und Maßanzug

Gleich mit zwei Tagungen reagierte die Akademie aktuell auf die Herausforderungen für Gesellschaft und politische Bildung durch den Rechtsextremismus in Deutschland und Europa. Praktiker der Bildungsarbeit tauschten Erfahrungen über erfolgreiche Seminarkonzepte aus. Andererseits stand die „streitbare und wehrhafte Demokratie“ im Zentrum des Interesses. Welche Gründe gibt es für den Aufstieg der rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Parteien in Europa? Und welche Möglichkeiten hat der demokratische Rechtsstaat, sich vor seinen Feinden zu schützen?

Seite 11

Inhaltsverzeichnis

	Seite
<i>Weltwirtschaftsmacht Japan:</i>	
Fremdes und Gemeinsames vorgestellt	3
Der Schein der Normalität	7
Trainingskonzepte gegen rechtsextremes Denken	10
Mit Springerstiefeln und Maßanzug	11
Interessensdschungel „Europäische Union“ oder: Wie kann sich der Unionsbürger Gehör verschaffen?	13
Fit für die Osterweiterung?	15
Peter Hampe als DVpB-Landesvorsitzender wiedergewählt	16
Sanierung und Renovierung	16
Spielregeln für eine globale Ökonomie	17
Nachwuchs für politische Bildung	19
Vom Praktikanten zur Institution	
Gebhard Diemer in den Ruhestand verabschiedet	20
Foto-Ausstellung „Grenzreise“	22
Auszeichnung für Kuratoren	22
Rezensionen - Neuerscheinungen - Publikationen	23
Zeitungsecho - Medienstimmen - Pressesplitter	25
Themen - Tagungen - Termine	27
Namen und Nachrichten / Anmeldeformular	32

Direktor der Akademie:
 Prof. Dr. Heinrich **Oberreuter**

Vorsitzender des Kuratoriums:
 Prof. Dr. Hans **Maier**

Vorsitzender des Beirats:
 Siegfried **Kett**

Kollegium:

Dr. Horst **Denzer**, Dozent
 Grundsatzfragen von Staat und Politik, Internat. Politik

Klaus **Grosch**
 Internat. Politik, Landeskunde, Sozialpolitik und -arbeit, Erwachsenenbildung

Dr. Peter **Hampe**, Dozent
 Wirtschafts- und Sozialpolitik, Politische Bildung

Jürgen **Maruhn**, Dipl. Volkswirt
 Wirtschaftsordnung, Extremismus, Sicherheitspolitik

Dr. Michael **Piazolo**, Dozent
 Europapolitik, Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik

Dr. Michael **Schröder**, Dozent
 Medien, Kommunikationspolitik, Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred **Schwarzmeier**
 Pers. Referent des Direktors
 Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Jürgen **Weber**, Dozent
 Politikwissenschaft, Zeitgeschichte

Karl-Heinz **Willenborg**
 Gesellschaft und Umwelt, Sozialpolitik und -arbeit

Organisationsreferat:
 Elke **Leisching**
 Dipl.-Betriebswirtin (VWA)

Akademie-Report

Herausgeber:

Akademie für Politische Bildung
 Buchensee 1 82323 Tutzing
 Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14
 Internet: <http://www.apb-tutzing.de>
 E-Mail: B.Bachmann@apb-tutzing.de

Redaktion:

Prof. Dr. Dr.hc. Heinrich Oberreuter
 (verantw.)

Dr. Michael Schröder
 (Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: Karin Sittkus

Druck:

Offsetdruck Schwarz GmbH
 Rohrauerstraße 70 81477 München

Logo: KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

Fremdes und Gemeinsames vorgestellt

Wirtschaft, Politik und Kultur näher gebracht

Die Japan-Tagung vom Herbst 2000 stand unter dem Motto, das Fremde und das Gemeinsame der beiden Länder Japan und Deutschland vorzustellen, besonders thematisiert auch im Eröffnungsvortrag von Professor Dr. Klaus Vollmer. Die außerordentlich gut besuchte Tagung versuchte Japan nicht nur in Vorträgen und Diskussionsforen vorzustellen, sondern **multimedial**: mit zwei Ausstellungen (japanische Tuschmalerei von Ursula Correns und Collage „Land und Leute in Japan“ von Mario Peucker), durch vier Videofilme (Japan heute, Japans Kriegsgeschichte, Japans Jugend und Erziehungssystem), mit Ikebana-Dekoration und mit der musikalischen Umsetzung des japanischen Volksmärchens „Die Kranichfrau“ durch Yasuko Hashimoto. So kam ein facettenreiches Bild zusammen. Zur Begrüßung sagte der japanische Generalkonsul in München, Takeshi Nakane: „Ich hoffe, dass die Tagung den deutschen Besuchern Japan etwas näher bringt.“ Außerdem wies er darauf hin, dass in der Berichterstattung über Japan die dortigen Konjunkturprobleme und das einseitige Parteiensystem überwiegen.

Professor Manfred Pohl zeigte, dass die politische Kultur der beiden Länder den gleichen Prozessen ausgesetzt ist, zum Beispiel der Einbuße von politischem Einfluss durch die Globalisierung und die multinationalen Unternehmen, sowie dem Transfer von



Manfred Pohl: Wo endet die Geschenkkultur und wo beginnt die Korruption?

nationaler Souveränität an supranationale Entscheidungsstrukturen. Doch die Besonderheiten des japanischen Systems überwiegen. Die demokratische Tradition setzte erst ab 1945 ein und wurde, anders als in Deutschland,



Bei der Eröffnung der Tagung (v.l.): der japanische Generalkonsul Takeshi Nakane, Klaus Vollmer und Tagungsleiter Horst Denzer. Immer dabei: ein traditioneller japanischer Teufel, eine wertvolle Leihgabe von Claus Correns
Fotos: Mario Peucker

mit den alten Eliten aufgebaut. Zum Beispiel wurde der Tenno (japanischer Kaiser) nach Ende des Krieges nicht vor ein Gericht gestellt. Die enge Verflechtung von Parlament, Bürokratie und den Großunternehmen, einem sogenannten eisernen Dreieck, führte Pohl zu der Frage: „Wo endet die Geschenkkultur und wo beginnt die Korruption?“. Ermutigend bewertete er den Umstand, dass seit 1994 intensive Bemühungen in Japan unternom-

men würden, um diese Verflechtungen aufzulösen. Als Beispiel wurde der Umbruch im politischen Bereich angeführt, das Misstrauensvotum 1993, in der Folge die Mehrfachspaltung der seit 38 Jahren regierenden LDP und die Koalition der LDP mit den Sozialisten im Jahre 1994. Seit 1996 allerdings ist die LDP wieder die „Seniorpartei der Regierung“.

Für Dr. Holger Wöhlbier fand die wirtschaftliche Entwicklung Japans zu Anfang der 90er Jahre ihren Höhepunkt in der Etablierung des Weltfinanzzentrums Tokio, nachdem die 80er Jahre das „Zeitalter Japans“ gewesen waren. Das wirtschaftliche Wachstum hätte seinen Ursprung in der Meiji-Zeit, als es hieß: „Bereichert

das Land - verstärkt die Armee“, von dem nach 1945 nur noch „Bereichert das Land“ übrig blieb. In den 70er Jahren holte Japan die westlichen Industriestaaten ein und „fährt seitdem auf der Überholspur“. Seit 1985 befindet sich Japan in einer Transformationsperiode, die durch das Plaza-Abkommen, die Freigabe des Yen-Wechselkurses (1985), eingeleitet wurde. Als Ausgleich für den Wertzuwachs des Yen auf internationaler Ebene

wurden in Japan die Leitzinsen fast auf Null gesetzt, was zu einer Spekulationsflut mit billigem Geld führte. 1990 dann platzte die „bubble economy“, was zu einer tiefen Finanzkrise führte und ab 1996 die Wachstumsraten abstürzen ließ. Für die Japaner seien die 90er Jahre das „verlorene Jahrzehnt“. Wöhlbier meinte aber, dass hiermit das goldene Wachstumszeitalter Japans vorbei sei und von nun an eine normale zyklische Entwicklung der Wirtschaft - wie in den anderen Industriestaaten - eintrete. Auch ein Wertewandel sei zu konstatieren, etwa dass die Unterprivilegierten der Gesellschaft nicht mehr als Stoßdämpfer der Wirtschaft dienen. Hierauf könnte die Aufkündigung der Loyalität der Arbeitnehmer, die Japan 25 Jahre vor Streiks verschonte, folgen. Positiv wurde die Umstrukturierung der Bankenaufsicht und das Maßnahmenpaket von 640 Mrd. US\$ von 1998 für die Banken bewertet, allerdings sei der Erfolg dieser „Reformen“ noch abzuwarten.

Hemmnisse abgebaut

Das Diskussionsforum zum Thema deutsch-japanische Wirtschaftsbeziehungen stellte die Frage, warum der



Fachkompetenz in japanisch-deutschen Wirtschaftsfragen (v.l.): Wolfgang Tinhoff (Klinge Pharma), Horst Denzer, Yutaka Miyazaki (Jetro München), Moderator Helmut Laumer, Lüder Paysen (BMW), Holger Wöhlbier (Uni München)

Warenstrom von Japan nach Deutschland doppelt so hoch sei wie umgekehrt. Lüder Paysen von BMW meinte, dass die lange hemmenden tarifären und nicht-tarifären Handelshemmnisse in Japan mittlerweile abgebaut seien. „Die deutsche Wirtschaft müsste die Hemmschwelle überwinden und sich mehr engagieren; es gibt mehr Möglichkeiten als vordergrün-

Nach Monika Sommer, Sozialreferentin an der Deutschen Botschaft in Tokio, stelle die Überalterung der Gesellschaft sowohl für die Bundesrepublik als auch für Japan eine Herausforderung dar. Allerdings sei die Situation in Japan aufgrund des höheren Durchschnittsalters und der größeren Bevölkerungszahl noch prekärer. So müsste man die Pensionsgrenze in Japan im Jahre 2050 auf 77 Jahre erhöhen, um auf dem heutigen demographischen Gleichgewicht zu verbleiben. Anders als in der Bundesrepublik sei das Faktum Einwanderung und die Diskussion über eine erweiterte Einwanderung in Japan bisher ein Tabuthema. Erst langsam thematisiere man das Problem Überalterung und Einwanderung in Japan.



dig ersichtlich.“ Ähnlich äußerte sich Helmut Laumer, der Präsident der deutsch-japanischen Gesellschaft in Bayern: „Die Unternehmen sollten jetzt den schwachen Euro nutzen, um ihre Stellung in Japan auszubauen.“

Zur Zusammenarbeit mit Japanern innerhalb einer Firma meinte Dr. Wolfgang Tinhoff von Klinge Pharma, dass Diskussion mit Japanern wegen ihrer Hierarchievorstellungen schwierig sei. Auch unterstrich er die geringe Risi-

Spitzendiplomat, Professor Tsuyoshi Kurokawa von der Chuo-Universität, eigens aus Tokio an. Nach der japanischen Kapitulation am 2. September 1945 wurde Japan - anders als Deutschland - nicht in Besatzungszonen aufgeteilt. Die sechs Jahre währende Besatzungszeit - zuerst unter der Befehlshoheit von General MacArthur - bewirkte zweierlei: Der Wiederaufbau der Wirtschaft konnte ungestört durchgeführt werden; man verabschiedete eine Verfassung, von der Besatzungsbehörde ausgearbeitet, in welcher der Kaiser als Institution weiter bestand und Japan auf Streitkräfte verzichtete. Gerade die Beibehaltung des Kaisers sicherte das Wohlwollen der Japaner gegenüber dem neuen Regime bis heute, die Verfassung sei kein einziges Mal geändert worden. 1951 schloss Japan dann Frieden mit den westlichen Ländern und zusätzlich einen Sicherheitsvertrag mit den USA. Die Strategie „So wenig wie möglich für die Verteidigung und so viel wie möglich für die Wirtschaft“ sei darauf vom damaligen Ministerpräsidenten Yoshida entwickelt worden.

kobereitschaft der Japaner: „No risk no fun; better not to have so much fun“. Als ausgezeichnet stufte er allerdings ein, dass der Japaner sich mit dem Unternehmen identifiziert und Entscheidungen kompromisslos mittrage.

Zum Thema „Japan in der internationalen Politik“ reiste Japans früherer

Seit dem Ende des Kalten Krieges sei in Europa eine neue Situation ohne potentielle Feinde entstanden. Anders hingegen in Ost-Asien, wo in China und Nordkorea immer noch kommunistische Diktaturen herrschten und außerdem die Kulturen viel heterogener seien. Kurokawa: „Eine Integration europäischer Art ist und bleibt unrealistisch (in Asien).“ Japan würde

auch weiterhin das Sicherheitsbündnis mit den USA aufrechterhalten. Man versuche in Zukunft, die Beziehungen mit den Nachbarn zu verbessern und baue auch weiterhin die wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit mit den Ländern Asiens aus. Man hoffe, dass auch die USA an diesem bewährten Konzept festhielten und nach der eventuellen Demokratisierung Chinas und Nordkoreas in Japan nicht lediglich einen unliebsamen Konkurrenten erblickten.

Schwierige Nachbarn

Kurokawa sprach die diffizilen Beziehungen Japans zu Nordkorea und China an: Nordkoreas Haltung gegenüber Japan sei „aggressiv und feindselig“. „Eine Wiedervereinigung nach deutscher Art wird nicht schon morgen Realität werden“. Einmal wieder vereinigt, könnte Korea die vereinigungsbedingten innenpolitischen Probleme durch eine „Anti-Japan-Kampagne“ zu verdecken versuchen. China sei auf dem Weg zu einer entscheidenden Großmacht; die wirtschaftliche Schiefelage innerhalb des Landes führe zu einer aggressiven Außenpolitik - wie man an seinem Auftreten gegenüber Taiwan sehen könne. Die chinesische Regierung habe die „Verurteilung und Verdammung des japanischen Imperialismus und Militarismus“

zum unveränderlichen politischen Prinzip gemacht“. Auch Rußland sei ein wichtiger und schwieriger Nachbar, wobei Japan in der „Stabilisierung Rußlands primär eine russische und dann eine europäische Aufgabe sehe“.



Tsuyoshi Kurokawa: Beziehungen mit den Nachbarn verbessern

Im Territorialstreit um die nicht zu den Kurilen sondern zu Hokkaido gehörenden vier Inselgruppen sehe Japan eindeutig die Verletzung der Potsdamer Erklärung durch Rußland, die lediglich die Besetzung von Sachalin und den Kurilen vorsah. ▶



Yasuko Hashimoto bei der Musik für das Volksmärchen „Die Kranichfrau“

Pointiertes aufgespießt

„Das Maß der Auseinandersetzung mit anderen Kulturen wollte Japan immer selbst bestimmen.“

Klaus Vollmer

„Japan-Diskurse sind nicht mit Nationalismus gleichzusetzen, sie dienen vielmehr der Selbstvergewisserung und Selbstbehauptung japanischer Identität.“

Klaus Vollmer

„Für Politiker ist das Eingreifen in die Bürokratie unmöglich, das wäre Harakiri. Die eigentlichen Entscheider sind die parlamentarischen Staatssekretäre.“

Manfred Pohl

„Japans Entwicklung ist durch zwei Szenen symbolisiert: 1967 bezeichnete De Gaulle den japanischen Ministerpräsidenten als Transistorverkäufer. 1991 sank George Bush dem japanischen Ministerpräsidenten ohnmächtig in die Arme.“

Holger Wöhlbier

„Im Gegensatz zu Japan und Deutschland steigen in Skandinavien die Geburtenraten wieder, weil dort das Arbeitsleben viel besser auf die Bedürfnisse der Familien abgestimmt ist.“

Monika Sommer

„Es war recht bequem, ein Wirtschaftsriese zu werden, aber ein politischer Zwerg zu bleiben.“

Tsuyoshi Kurokawa

„Pazifismus ist unverantwortlich. Japan muss wie Europa eine größere Rolle in der Weltpolitik übernehmen.“

Tsuyoshi Kurokawa

„Ich selbst bin ein gutes Beispiel für die Vergreisung der japanischen Gesellschaft.“

Tsuyoshi Kurokawa

„Wir haben zuerst unsere eigenen Hausaufgaben zu erledigen - nämlich die Reform unseres Universitätssystems - um wieder attraktiver für ausländische und japanische Studenten zu werden.“

Horst Friedrich

Zur Außenpolitik Japans im kommenden Jahrhundert bestehe in Japan ein Konsens hinsichtlich der Forderung nach einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und der japanischen Beteiligung an peace-keeping-operations im Rahmen der VN. Auch wolle man in Zukunft auf den regionalen Foren wie Asean Re-

gional Forum, Asia-Pacific Economic Cooperation Conference und bei dem Asia-Europe Meeting mehr Initiative ergreifen.

Auf dem abschließenden Diskussionsforum zu den „deutsch-japanischen Beziehungen“ bemerkte Masaki Okada, Gesandter der japanischen Botschaft in Berlin, dass diese nicht den

wirtschaftlichen und politischen Tatsachen entsprächen. Als Ursache machte er das „Desinteresse in der jeweiligen Bevölkerung“ aus. Um dem entgegenzuwirken, forderte er mehr Jugendaustausch und mehr Kulturanstrengungen. Auch sei die Berichterstattung über Japan in den Medien einseitig: zu 90% Wirtschaft und zu 10% Politik. Der langjährige Korrespondent der Süddeutschen Zeitung in Tokio, Gebhard Hielscher, sagte, die Beziehungen der beiden Länder seien in einem „Schrumpfungszustand“. Dies bewertete er aber positiv, da dies zeige, dass man anfangs, sich nüchtern zu betrachten und die Klischees hinter sich zu lassen. Der Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der deutsch-japanischen Parlamentariergruppe Horst Friedrich meinte, in den deutsch-japanischen Beziehungen gebe es keine Probleme, und das sei das Problem. Man müsse die ähnlichen Schwierigkeiten wie den gesellschaftlichen Aufbau, die Rolle in der Welt und die Behandlung ausländischer Studenten endlich gemeinsam angehen. ■

Reimund Simon



Diskussionsforum Japanisch-Deutsche Beziehungen (v.l.): Rainer Irlsperger (Referent für Japanpartnerschaften der Stadt Augsburg), Gebhard Hielscher, Masaki Okada (Japanischer Gesandter in Berlin), Horst Friedrich MdB, Volker Klein (Generalsekretär Japanisch-Deutsches Zentrum Berlin) und Moderator Gottfried-Karl Kindermann

Tagungsassistent Mario Peucker mit der von ihm zusammengestellten Ausstellung „Japan - Land und Leute“



Japan fürs Auge und Ohr: Ursula Correns mit ihren japanischen Tuschmalereien

Der Schein der Normalität

Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur

Seit dem Ende der DDR konnte die Zeitgeschichtsforschung in penibler Auswertung der nunmehr frei zugänglichen Quellen ein umfassendes Bild des Herrschaftsapparates und der Herrschaftspraxis des SED-Regimes zeichnen. Das Ergebnis der vielen Untersuchungen überrascht nicht und ist dennoch häufig atemberaubend, vor allem dann, wenn die Schicksale der politisch Verfolgten, der Dissidenten und Abweichler, der Andersdenkenden und Regimekritiker, aber auch der vielen normalen Bürger in Erinnerung gerufen werden, die sich dem vormundschafftlichen Staat nicht beugen wollten: Die DDR war eine kommunistische Diktatur von Anfang an, und sie blieb es bis zum Schluß, auch wenn sich die Formen der Repression wandelten. Bestreiten lässt sich dieser Sachverhalt nicht. Strittig ist allerdings, wie intensiv die „Durchherrschaft“ der DDR-Gesellschaft war, wo die Grenzen des politischen Zwangs verliefen, wie bereitwillig sich die Bürger mit der Partei arrangierten, und ob nicht gar in wichtigen Bereichen des alltäglichen Lebens von der Parteidiktatur nichts zu spüren war.

Das sind sicherlich berechtigte Fragen. Die großen und kleinen Funktionäre von ehemals und die Nostalgiker von heute stellen sie aber vor allem deshalb, weil sie die vergangene Dikta-

widersprach der These von der Nischengesellschaft in der DDR. Die Partei war omnipräsent, kein Bürger hatte die Möglichkeit, dem Einfluss des Regimes zu entkommen: „Es be-



Freya Klier und Stefan Wolle bei einem Interview des Bayerischen Fernsehens in der Akademie. Links Tagungsleiter Jürgen Weber

tur gerne relativieren und verharmlosen möchten. Die Wirklichkeit sieht anders aus, wie Wissenschaftler und Zeitzeugen im Verlauf einer Fachtagung der Akademie an vielen Beispielen demonstrierten. Stefan Wolle, Mitgründer der unabhängigen Historikerkommission der DDR im Jahre 1990,

ginnt mit der autoritären Erziehung, dem Vater Staat, der seinen pädagogischen Einfluss auf die Gesellschaft ständig ausübt. Es herrschte der Paternalismus, die Macht wurde personalisiert. „Die Einschwörung der Bürger auf die marxistisch-leninistische Ideologie mit monopolisiertem Wahr-

heitsanspruch ließ den Andersdenkenden nur „die Kirchen als freien Bereich“. Ebenso einschränkend wirkte die Militarisierung der Gesellschaft. Wolle: „Die DDR war eine Armee, die einen Staat hatte“. An die Stelle der nicht vorhandenen Öffentlichkeit trat eine Ersatzöffentlichkeit, die aus Gerüchten und den westlichen Medien gespeist wurde. Was in der DDR-Gesellschaft wirklich vorging, war für den Normalbürger höchst undurchsichtig.

Ruinöse Sozialpolitik

Auch die Sozialpolitik der DDR, von manchen Nostalgikern gelobt, verliert bei genauer Betrachtung ihren Charme, wie Peter Skyba vom Hannah-Arendt-Institut in Dresden nachweisen konnte. In der Ära Ulbricht wurde der Sozialpolitik die Aufgabe zugewiesen, „die Verlierer einer nach Leistung differenzierten gesellschaftlichen Entwicklung zu unterstützen; Sozialpolitik sollte also zunächst die Folgen des beschleunigten Modernisierungskurses abfedern und zugleich durch gezielte staatliche Interventionen den Weg in die sozialistische und kommunistische Zukunftsgesellschaft bahnen helfen“. Diese Ziele wurden nie erreicht. Unter Honecker galt die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“. Schwerpunkte waren hier die Familienpolitik und das Wohnungsbauprogramm. Das erklärte Ziel dieser Politik war die Massenloyalität und damit die Stabilisierung der SED-Herrschaft. Aber die kostspieligen Folgen ließen nicht lange auf sich warten: bereits 1972 hatte die staatliche Plankommission gewarnt, diese Wohltaten für die Bevölkerung würden die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der DDR übersteigen. Doch Honecker hielt an seiner ruinösen Sozialpolitik fest, obwohl er schon Mitte der 70er Jahre mit Blick auf die Westverschuldung einmal bemerkte: „Eigentlich müssten wir Pleite anmelden“.

(siehe auch Presseschau S. 26) ▶

Ganz anders stellte sich die Bildungspolitik in der DDR dar. Ihre Aufgabe war die Indoktrination und Unterdrückung von Regimekritik. „Von einem sich frei entfaltenden Bildungsalltag konnte keine Rede sein“ stellte die ehemalige Dissidentin Freya Klier fest. Nur kurze Zeit nach 1945 „führten die Entlassungen von Ex-Nazis zu dem begeisterten Einstieg demokratisch gesinnter Lehrer“. Doch schon 1948 begann man das Schulsystem zu sowjetisieren und manipulierte Schulbücher einzuführen, was eine Lehrerflucht nach sich zog. Zur selben Zeit begann die rücksichtslose Unterdrückung von demokratisch und liberal eingestellten Studenten, die man zu Zwangsarbeit, in Einzelfällen zum Tode verurteilte. In den 50er Jahren propagierte die SED „die Schaffung des neuen sozialistischen Menschen“ als Ziel ihrer Bildungspolitik. In den 60er Jahren war die Gleichschaltung der Lehrkörper vollzogen, die Erziehung zum Untertanen der Kern jeden Unterrichts, wie Freya Klier an vielen Beispielen aufzeigte. Der Alltag in der Schule forderte vom Schüler Eingliederung und Gehorsam gegenüber den Vorgaben der Partei. Querdenken war gefährlich. Die Einseitigkeit der DDR-Bildungspolitik - so Freya Klier - führte dann in den 80er Jahren zu „einem Mangel an Spezialisten und Talenten“.



Der Schriftsteller Joachim Walther bei der Lesung

Einen Einblick in „die alltägliche Zensur und den Alltag in der Literatur“ in der DDR vermittelte der Schriftsteller Joachim Walther. Der Begriff Zensur wurde vermieden, doch „was ändert es an den Fakten, dass sich der literarische Oberzensor offiziell Stellvertretender Minister für Kultur und inoffiziell Bücherminister schmeicheln ließ,

„Die Köpfe sind gefallen – der Rumpf bleibt“ Aus der Rede von Freya Klier

„Die letzte Kindergeneration der DDR - also die der 80er Jahre - hat von alledem, was die DDR einmal war, nichts mitbekommen. Nichts von der anfänglichen Aufbruchstimmung und nichts von der ungeheuerlichen Brutalität. Die Jugendlichen fanden die DDR einfach nur noch öde. In meiner Jugendbefragung von 1986 stellte ich fest, dass die Jugendlichen - mit wenigen Ausnahmen - keiner Repression mehr ausgesetzt waren, sie sollten nur noch „mitlatschen“. Die Schizophrenie in der DDR hatte letztendlich bis in die Familien gegriffen. Den Jugendlichen wurde von den Eltern eingetrichtert, dass sie in der Schule nicht einmal sagen dürften, ob die Uhr zuhause eckig oder rund sei. Jeder kannte mittlerweile die Spielregeln. Wenn man Abitur machen will, dann musste man sich anpassen, und das wurde als völlig normal verstanden. Das bewog diejenigen, die innovativ waren, die DDR hinter sich zu lassen. Somit sind die, welche kein Abitur machen durften, aber hochintelligent waren, als erste abgehauen. Und hier schließt sich der Bogen. Die kritische Intelligenz wurde hinausgeworfen. Darum hatte für mich die DDR keine Überlebenschance. Das geistige Potential war geschrumpft. Über einen Zeitraum von 40 Jahren hatte sich die Partei einen Apparat geschaffen, den auch eine „Wende“ nicht so leicht aus den Angeln hebt.



Die Köpfe der Oberen sind gefallen, der kolossale Rumpf bleibt. Der Mitläufer waren es am Ende so viele, dass, würden sie weggejagt, das Land in sich zusammenfiel wie ein Kartenhaus. Und wer auch sollte sie ersetzen? Über ihren Bildungsapparat hat die Partei solange sortiert, bis endlich auf dem Stellwerk saß, wen sie für tauglich hielt, und Schwellen putzte, wen sie von höherer Bildung zu halten gedachte. Diese Strategie hat das Land um Talente und Persönlichkeiten gebracht, in einem Ausmaß, das seinesgleichen sucht. Zu den aktuellen Problemen - etwa über den Rechtsextremismus oder die Verklärung der Vergangenheit - lässt sich so schwer diskutieren, weil dafür die Leute fehlen. Übermächtig sind dagegen jene, die sich jetzt wieder an die Macht arbeiten und die Vergangenheit schön reden.“

dass sich die Buchzensur Druckgenehmigungsverfahren nannte“. Der Schriftsteller war einem Zensurkomplex ausgesetzt, der Zensur durch die Verlage, der Selbstzensur, der Parteizensur und in letzter Instanz dann der Zensur durch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS). Dessen Ziel sei es gewesen „die Durchsetzung der sozialistischen Kulturpolitik zuverlässig zu sichern und wirksam zu unterstützen, den gegnerischen Bestrebungen zur ideologischen Einflussnahme auf kulturpolitischem Gebiet wirksam zu begegnen“. Doch die schlimmste die-

ser Zensuren - so Joachim Walther - war die Selbstzensur, die den Schriftsteller aufgrund von Einschüchterung und Angst vor Repression von vornherein gehindert hätte, völlig freie Gedanken zu verfolgen: „Nicht die Zensur und die Zensoren sind der Kern des Übels, sondern eben diese Angst, die als ideologischer Virus in die Innenwelt der Ideen eingedrungen ist und dort ihre verheerende Arbeit des Verhinderns verrichtet. Diese tief verinnerlichte Angst ist die feinste und zugleich fürchterlichste Wirkung einer Diktatur“.

178 Kilometer Akten

Mit dem Einfluss des MfS auf den Alltag in der DDR beschäftigte sich Clemens Vollnhals vom Hannah-Arendt-Institut in Dresden. Das 1950 gegründete Ministerium entwickelte sich bis 1989 zu einem gigantischen Kontrollapparat mit zuletzt 91.000 hauptamtlichen Mitarbeitern und 174.000 verdeckten Zuträgern. „Uns kommt es darauf an, jeden Pulsschlag, jede Regung und Bewegung, die nicht zur Stärkung und Festigung unserer sozialistischen DDR beiträgt, unter Kontrolle zu halten“, wurde Erich Mielke zitiert. Das MfS agierte als geheimer Nachrichtendienst, als politische Geheimpolizei und als Untersuchungsorgan bei Straftaten. Rechenschaft schuldete das MfS lediglich den Parteiinstanzen, und stand somit außerhalb der Verfassung der DDR. Im Jahre 1986 kam ein inoffizieller Mitarbeiter des MfS auf 84 erwachsene Bürger. Die ständige, im übrigen freiwillige und unentgeltliche Bespitzelung der eigenen Bevölkerung durch die eigenen Bürger hinterließ einen Aktenberg von 178 Kilometern. Etwa zu einer Gesamtzahl von 200.000 aus politischen Gründen Verurteilten soll das Treiben des MfS geführt haben. Das Ausmaß der gegenseitigen Bespitzelung ist erst nach 1989 deutlich geworden, doch war das alltägliche Leben durch die ständige Angst vor Denunziation und das dadurch ausgelöste gegenseitige Misstrauen schwer belastet. Keiner konnte sicher sein, dass der Staat nicht mithörte und einen verhaften würde. Das war der Alltag.

Hinsichtlich der Frage, ob das MfS auf dem rechten Auge blind war, stellte Thomas Auerbach von der Gauck-Behörde in Berlin fest, dass die Neonazis erst Mitte der 80er Jahre in das Visier der Stasi gerieten. Anders als die auffälligen und widerspenstigen Punks standen die Skinheads nicht außerhalb der Gesellschaft. Sie gingen einer Arbeit nach und zeigten im Gegensatz zu anderen „negativ-dekadenten“ Jugendlichen eine gute Arbeitsdisziplin und Arbeitsleistung. Militärische Ausbildung gehörte für sie zum Deutschtum, deshalb hätten sie eine „positive Einstellung zum Wehr-

dienst“ wurde ein Stasi-Bericht zitiert. Das waren positive Eigenschaften in einer Gesellschaft, in der Disziplin, Ordnung, Sicherheit und Wehrwille zu den obersten Geboten zählten. Der Referent machte deutlich, dass die neonazistischen Strukturen in den neuen Bundesländern ihre Wurzeln in der



Als Störenfried qualifizierte der SED-Staat Pfarrer Edmund Käbisch ab, als er sich in der Jugendarbeit für aktiven Umweltschutz einsetzte. Stasi-Spitzel wurden auf ihn angesetzt, die Kirchenleitung warf ihm vor, das Verhältnis zwischen Staat und Kirche unnötig zu belasten. Neben ihm eine Kerze im Stacheldraht und eine Bibel

DDR-Gesellschaft haben und nicht erst seit der Wiedervereinigung entstanden sind.

Ein weiterer, von der Obrigkeit aber nicht gewollter Faktor im Alltag der DDR waren die Flucht- und Ausreisewilligen. Bernd Eisenfeld, ebenfalls von der Gauck-Behörde, meinte, dass diese Bewegung „nicht nur der wirkungsvollste Totengräber des SED-Regimes war, sie erzwang auch den Weg zur deutschen Einheit“. Bis zum Mauerbau sind 2,7 Millionen DDR-Bürger nach Westdeutschland geflüchtet, und bis 1989 wagten weitere 300.000 Ostdeutsche die Flucht, von denen 220.000 heil im Westen anka-

men. Wer die Flucht nicht wagte, wählte - wie in den 70er Jahren der Referent selbst - den Weg der legalen Ausreise. Ein gescheiterter Fluchtversuch wie auch die Antragstellung auf Ausreise zogen natürlich die Repression durch das Regime nach sich, und waren somit höchst gefährlich. Neben

Flucht und Ausreise gab es noch den Freikauf politischer Häftlinge durch die BRD: „Zwischen 1964 und 1989 verkaufte die DDR diese politische Ware zu einem Stückpreis zwischen rund 43.000 und 98.000 DM. Knapp 34.000 Häftlinge gelangten auf diese Weise in den Westen.“ In den 80er Jahren lag die Zahl der Ausreiseträger jährlich bei rund 50.000. „Da die Zahl der genehmigten Ausreisen und der angeblich zurückgewonnenen Bürger weit unter der Zahl der Erstantragsteller blieb, wuchs der Bestand der Antragsteller seit 1984 weiter unaufhaltsam an und überschritt 1987 erstmals die Grenze von 100.000.“ ■

Reimund Simon

Die Referenten:

Thomas Auerbach, Gauck Behörde BSTU, Berlin

Bernd Eisenfeld, Gauck Behörde BSTU, Berlin

Dr. Annette Kaminsky, Bundesstiftung zur Aufarbeitung der DDR-Diktatur, Berlin

Pfarrer Dr. Edmund Käbisch, Zwickau

Freya Klier, Autorin und Regisseurin, Berlin

Dr. Peter Skyba, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, Dresden

Joachim Walther, Schriftsteller, Berlin

Dr. Stefan Wolle, Unabhängige Historikerkommission, Berlin

Dr. Clemens Vollnhals, Stellvertretender Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Dresden

Tagungsleitung: Dr. Jürgen Weber

Trainingskonzepte gegen rechtsextremes Denken

Neue Methoden machen Fremdenfeindlichkeit erfahrbar

Im pädagogischen Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und Überfremdungssängste sind weder der moralische Zeigefinger noch die nur an den Verstand appellierende Aufklärung erfolgreich. Diese Erfahrungen haben viele Erwachsenenbildner machen müssen. Deshalb wurden im Rahmen dieses Forums didaktisch durchdachte Methoden vorgestellt, die besser geeignet sind, Reflexionsprozesse bei zukünftigen Seminarteilnehmern zu initiieren und klischeebehaftete Denkmuster offen zu legen.

Überdenken der Toleranzgrenzen

Bei den vorgestellten Trainingskonzepten war das zentrale Anliegen, dass die Teilnehmer die Vorurteile, die in den meisten Köpfen stecken (aber zum Glück nicht bei jedem das Handeln bestimmen), am eigenem Leib erfahren sollten. Stefan Rappenglück vom Centrum für angewandte Politikforschung (CAP) in München präsentierte das Planspiel „Ein Minarett in Marienstein“, Teil des Projektes „Achtung (+) Toleranz“. Die Teilnehmer dieses Planspieles diskutieren in einer fiktiven Bürgerversammlung die Frage, ob in ihrer Stadt ein Minarett gebaut werden soll. Jeder über-

„Nur Vorurteilsstrukturen, die man selbst durchschaut und sich bewusst gemacht hat, kann man auch offensiv abbauen“

nimmt dabei eine bestimmte Rolle, z.B. die des Bürgermeisters, eines Vertreters der moslemischen Gemeinde oder von Journalisten. Im Laufe des Planspieles prallen die unterschiedlichen (fiktiven!) Interessen derart aufeinander, dass ein gründliches Überdenken der eigenen Toleranzgrenzen nahezu unausweichlich wird. Oft kommen in der gespielten Bürgerversamm-

lung eigene Vorurteile an die Oberfläche, die man sich selbst nicht zuge-
traut hätte. Solche Erfahrungen rütteln auf. Und damit ist ein erster und wichtiger Schritt in Richtung mehr Toleranz und vertiefte Auseinandersetzung mit eingefahrenen Denk- und Argumentationsstrukturen getan.

Nicht erst, seitdem die Zunahme rechtsextremer Gewalt den Ruf nach mehr politischer Bildung wieder lauter werden ließ, versucht die Akademie, den Multiplikatoren der Bildungsarbeit Hilfen und Konzepte für möglichst effektive Demokratieverziehung zu vermitteln. Getreu dieser Prämisse fand auch im Jahr 2000 wieder das „Forum Politische Erwachsenenbildung“ statt, auf dem sich Praktiker über erfolgreiche Seminarkonzepte austauschen konnten. Einer der von den Teilnehmern selbst ausgewählten Themenschwerpunkte lautete: „Rechtsextremismus und Politische Bildung“.

Einsichten über Diskriminierung

Das von Jürgen Schlicher vorgestellte Trainingskonzept „Blue Eyed“ („Blauäugig“), bei dem die Grenzen zwischen Spiel und Realität oft erschreckend verwischen, verfolgt ähnliche Ziele, wählt dazu aber ungleich provokantere Wege. Die Grundidee dieses Rollenspiels, das von der US-

Amerikanerin Jane Elliot entwickelt wurde, besteht darin, dass die Teilnehmer des Blue-Eyed-Seminars allein aufgrund ihrer Augenfarbe in zwei Gruppen eingeteilt werden und die-

se zwei Gruppen völlig unterschiedlich behandelt werden. Während die braunäugigen Personen privilegiert behandelt werden, werden die Blauäugigen mit Vorurteilen belegt, beschimpft und in all ihrem Tun benachteiligt. So lauten die Regeln. Egal wie sich die Blauäugigen auch verhalten - interpretiert wird alles negativ: sie werden entweder als hinterlistig-

schmeichlerisch, rebellisch-aggressiv oder einfach als verlogen und nicht integrationswillig eingestuft.

Im Verlauf dieses Trainings werden zwei unterschiedliche Einsichtsprozesse provoziert. Zum einen erleben die „Blauäugigen“ am eigenen Leibe, welche Gefühle der Wut, aber auch der

Hilflosigkeit und Resignation Diskriminierungsopfer empfinden. Zum anderen - und das ist für viele noch schockierender - erfahren die braunäugigen, also privilegierten Teilnehmer, wie schnell man der Rolle des diskriminierenden Täters verfallen kann, wenn man sich der legitimierenden Rückendeckung einer Autoritätsinstanz (hier: die/der Spielleiter/in) sicher glaubt. Selbst wenn die Opfer im Spiel ernsthaft zu leiden beginnen (und damit das Spielerische für sie endet), können

sich die anderen ihrer diskriminierenden Rolle kaum entziehen - unfähig sich aus dem Sog der aggressiven Mittäterschaft oder des passiven Zuschauens zu befreien.

Nach dem Ende des „Spiels“ sind viele der Teilnehmer über sich selbst erschrocken. Niemals hätten sie vermutet, dass sich die völlig beliebige Zuschreibung von negativen Eigenschaften auf das eigene Verhalten so vehement auswirken könnte.

Selbstverständlich sollte man vom „Blue-Eyed“-Konzept keine automatische Befreiung von fremdenfeindlichem Gedankengut in unserer Gesellschaft erwarten. Dennoch wird es den Teilnehmern ermöglicht, realitätsnahe Einsichten in die Funktionsweise von Stigmatisierungen zu erlangen. Diese neuen Erkenntnisse können helfen, sich über klischeehafte Denkmuster klar zu werden und selbstkritischer als bisher mit den eigenen oft latent wirkenden Vorurteilen umzugehen. Denn nur Vorurteilsstrukturen, die man selbst durchschaut und sich bewusst gemacht hat, kann man auch offensiv abbauen. ■

Mario Peucker

Mit Springerstiefeln und Maßanzug

Rechtsextremismus und Nationalpopulismus in Europa

Das Thema ist aktuell und zeitlos zugleich. Aktuell wegen der heftig entbrannten Diskussion um das NPD-Verbot, zeitlos wegen der grundsätzlichen Frage, wie die Demokratie mit denen umgehen sollte, die sie in letzter Konsequenz beseitigen wollen. Die „streitbare Demokratie“ gelangt an diesem Punkt zur Wirkung. Welche Gründe für den Aufstieg der rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Parteien im Vergleich verschiedener europäischer Länder geltend zu machen sind, war einer der beiden Schwerpunkte der Tagung. Der andere bestand in der Analyse der Möglichkeiten des demokratischen Staates, sich vor seinen Feinden zu schützen.

Anders als beispielsweise die NPD, die als rechtsextremistische und gewaltbereite Partei zu klassifizieren ist, stagnieren die rechtspopulistischen Parteien nicht, sondern können, wie Beispiele in der Schweiz, in Österreich, Belgien und Dänemark zeigen, beträchtliche Gewinnzuwächse bei Wahlen verzeichnen. Als Erfolgsbedingungen für Rechtsaußenparteien machte der Extremismusforscher Patrick Moreau mehrere entscheidende Faktoren aus. So sinkt die Identifizierung mit Parteien seit Jahrzehnten kontinuierlich. Des weiteren führt die Herausbildung einer Zweidrittelgesellschaft dazu, dass die Angst der Menschen, vom Modernisierungsprozess ausgeschlossen oder ökonomisch benachteiligt zu werden, den populistischen Parteien Sympathien zuträgt. Denn es ist Moreau zufolge die Absicht „der Populisten à la Haider, sich zum Hoffnungsträger all jener aufzuspielen, die ihre eigenen Interessen schlecht vertreten wännen. Die Selbstausrufung zum Anwalt des Volkes bildet einen konstanten Bestandteil der rechtspopulistischen Propaganda.“ Am Beispiel des Vlaams Blok in Belgien oder der FPÖ in Österreich zeigte der Referent, dass diese Parteien sich als Auffanggemeinschaft anbieten: „Sie stellen den Wählern eine auf der Idee einer nationalen Schicksalsgemeinschaft basierende Sicherheitsideologie zur Verfügung. Sie setzen auf die Unkenntnis ihrer Wähler bezüglich der Mechanismen von Gesellschaft und Wirtschaft.“ Ihr Populismus besteht aus Elementen wie Wohlstandschauvinismus, überstei-

gertem Nationalismus oder der Gegnerschaft gegenüber Europa und gegenüber Einwanderung.

Günstige Gelegenheitsstrukturen

Dennoch kann, „trotz der anhaltenden Erfolge einiger Parteien von einem allgemeinen Vormarsch des Rechtspopulismus auf europäischer Ebene keine Rede sein“, meinte Uwe Backes vom Hannah-Arendt-Institut für To-



Uwe Backes: „Die Fähigkeit zu politischer Problemlösung geht verloren“

talitarismusforschung. Als Ursache, weshalb diese Bewegungen in einigen Ländern erfolgreicher, in anderen weniger erfolgreich sind, identifizierte er „günstige Gelegenheitsstrukturen“. Damit ist gemeint, dass die etablierten Parteien in einigen Gesell-

schaften Schwächen zeigen, die Fähigkeit zu politischer Problemlösung verloren und damit politisches Terrain frei gegeben haben. Ein immanentes Problem der rechtspopulistischen bzw. rechtsextremen Parteien ist es, dass sie nicht fähig sind, Gegensätze innerhalb ihres eigenen Lagers zu überwinden. Beispiel hierfür ist die Zerstrittenheit zwischen der NPD, DVU und den REPs in Deutschland sowie das Scheitern der Rechtskoalition unter Silvio Berlusconi in Italien.

Ein engagiertes Plädoyer für die „wehrhafte Demokratie“ hielt der ehemalige Verfassungsschutzpräsident Peter Frisch. Die Geschichte der Weimarer Republik erlege uns die Pflicht auf, gezielt und entschlossen gegen jede Bedrohung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung vorzugehen. Die Staatsschutzorgane müssen alle rechtlichen Möglichkeiten – Strafgesetzbuch, Parteien- oder Vereinsverbot, Aberkennung von Grundrechten, Überwachung durch den Verfassungsschutz – so weit wie möglich ausschöpfen. In diesem Sinne unterstützte Frisch auch den Antrag eines Verbots der NPD vor dem Verfassungsgericht. Für ihn ist das Prinzip der Verhältnismäßigkeit bei einem Verbot erfüllt, da von dieser Organisation eine Gefahr für die Grundordnung ausgehe: „Sie schürt das geistige Klima der Gewalt und ist die Organisationsbasis für Neonazis.“ Der Antrag alleine sei bereits ein klares politisches Signal gegen Rechtsextremismus. Ein ablehnendes Urteil würde lediglich den Rechtsstaat bestätigen und keinesfalls die Anziehungskraft der NPD erhöhen. Das zusammengetragene Material hält Frisch für ausreichend.

Anderer Ansicht war Armin Scherb (Universität Bayreuth), der die Auffassung vertrat, dass die liberale Demokratie ein Stück weit mit ihren Feinden leben können müsse. Scherbs Ansatz zielt auf eine „flexible response“ der Demokratie auf extremistische Herausforderungen. Ein diversifiziertes Instrumentarium zwischen den Extremen Verbot und Nicht-Verbot

sollte es möglich machen, flexibel mit extremistischen Organisationen umzugehen. So wäre eine denkbare Reaktion nach der Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Ausschluss der Partei von der staatlichen Wahlkampfkostenerstattung.

Zum Thema Rechtsextremismus in Ostdeutschland sprach der Journalist Claus Detjen. Er stellte die These auf, dass „die Anfälligkeit in Ostdeutschland für den Rechtsextremismus eine direkte Folge von mehr als vierzig Jahren DDR“ sei. Angesichts der „Nationalen Front“, der „Nationalen Volksarmee“ oder der „sozialistischen Deutschen Nation“ ist es nicht übertrieben, die DDR als einen „nationalistischen Staat“ zu titulieren. Die dortigen Gewalttaten sind Detjen zufolge Ausdruck primitiver Aggressivität. Hinter dieser Gewaltbereitschaft steht jedoch kein politisch durchdachtes Konzept.

ihren Opfern.“ Seit Beginn der 90er Jahre betrachteten schließlich auch die Sicherheitsbehörden Skinheads als gewaltbereite Rechtsextremisten. Anhand von Publikationen und von Musikbeispielen stellte Pfahl-Traugber die gewaltverherrlichende und rassistische Grundeinstellung der Skinheadaktivisten heraus. Im Unterschied zu den alten Bundesländern rekrutieren sich die Mitglieder im Osten schon seit DDR-Zeiten aus allen Schichten, was die größere Akzeptanz dort erklären könnte. Trotz allem findet sich keine geschlossene politische Programmatik, lediglich Ideologiefragmente werden zusammengerafft. Doch das affirmative Selbstverständnis der Anwendung von brutaler Gewalt, einhergehend mit Vernichtungsphantasien, führt zu einem zunehmenden Sicherheitsproblem durch Skinheads in Ostdeutschland.



Verfassungsschutzpräsident a. D. Peter Frisch, Armin Scherb, Tagungsleiter Jürgen Maruhn (v.l.) Fotos: Simon/Schröder

Der Vortrag über die Skinhead-Subkultur von Armin Pfahl-Traugber vom Bundesamt für Verfassungsschutz zeigte, dass diese Subkultur in West wie Ost anfangs vor allem aus Alkoholkonsum, aggressiver Rockmusik und Schlägereien bestand. Erst im Laufe der 80er Jahre versuchte der Rechtsextremismus (vor allem Michael Kühnen) sich diesen Gruppen anzubiedern, allerdings ohne Erfolg. „Gleichwohl blieb deren aggressive fremdenfeindliche Grundeinstellung bestehen, insbesondere Ausländer, Homosexuelle und Linke zählten zu

Professor Moshe Zimmermann von der Hebräischen Universität Jerusalem stellte gleich zu Beginn seines Vortrags die These auf, dass der Rechtsextremismus ein spezifisch europäisches oder vielmehr westliches Phänomen sei. So existiert zwar auch anderswo Rassismus oder Antisemitismus, aber losgelöst vom Rechtsextremismus. „Seit dem 18./19. Jahrhundert, seit es rechts und links gibt, begleitet die jüdische Geschichte die Konfrontation zwischen Rechtsextremismus und Juden.“ Eine Komponente des Rechtsextremismus ist immer

der Rassismus gewesen, und in diesem Rahmen der Antisemitismus. Aufgrund dessen ist die jüdische Perspektive hierzu eine besondere. Für Zimmermann hat der Rechtsextremismus drei entscheidende Charakteristika.



Moshe Zimmermann: „Rechtsextremismus ist ein Phänomen der westlichen Gesellschaften“

Zum ersten die Überhöhung der eigenen Ethnie bzw. Nation, was besonders vor 1945 eine große Rolle spielte. Zum zweiten, dass dem Rassismus eine entscheidende Funktion als Begründungskonstrukt für soziale Fragen zukommt. Das dritte Element schließlich ist die Gewaltbereitschaft. Vor 1945 war der Inbegriff des Fremden in Europa das Judentum. Seit 1945 ist der Antisemitismus marginalisiert. Dies ist aber nur deswegen so, weil sich die soziale Struktur Europas radikal geändert hat. In Europa leben heute andere Gruppen, die man als Fremde wahrnimmt, z. B. Türken. „Diese Entwicklung zeigt, dass das Problem an und für sich nie bei den Fremden lag, sondern sich der Rechtsextremismus die Fremden ausgesucht hat. Um eine Konfrontation zu schaffen, um eine andere Definition der eigenen Gruppe zu rechtfertigen.“ Dies zugrunde gelegt gibt es im Nahost-Konflikt durchaus ebenfalls Antisemitismus, doch sind die Araber nicht rechtsextremistisch, hier ist vielmehr der religiöse Streit die Ursache. In Israel hingegen, das zum westlichen Kulturkreis gezählt werden muss, gibt es durchaus rechtsextremistische Gruppen. „Diese Leute betrachten sich selbst aber nicht als rechtsextrem, weil sie Rechtsextremismus mit Antisemitismus gleichsetzen.“ ■

Manfred Schwarzmeier
Reimund Simon

Interessensdschungel „Europäische Union“ oder: Wie kann sich der Unionsbürger Gehör verschaffen?

Seit 1979 wählen die Bürger der Europäischen Union ein gemeinsames Parlament in Brüssel, demnächst werden wir alle mit der Gemeinschaftswährung Euro unsere Einkäufe erledigen und beim Grenzübertritt nach Österreich müssen wir unsere Pässe nicht mehr vorzeigen. Wir alle leben in der Europäischen Union, und doch wissen viele von uns nicht so recht, wie mit dieser „Heimat“ umzugehen ist. Nicht selten ist von „Korruption in Brüssel“ oder vom „Wasserkopf der Union“ die Rede, wenn man sich über die EU-Bürokratie beklagt. Noch zu oft ist das Verhältnis der Bürger zur EU bestimmt von einem Gefühl lethargischer Hilflosigkeit und des Ausgeschlossenseins. Dass dies auch ganz anders aussehen kann, verdeutlichte die Tagung „Im Wettstreit um die Macht. Interessenpolitik in der Europäischen Union“.

Wenn wir heute über die EU reden, dann meist über die Erweiterung der Union in Richtung Osten; seltener wird die Vertiefung der EU thematisiert. Diese Einseitigkeit in der Debatte verwundert, wenn man sich vor Augen führt, wie sehr unser Alltag bereits von Verordnungen und Richtlinien aus Brüssel berührt wird. Vom Umgang mit Autoschrott bis hin zu den Milchpreisen - überall entfalten Rechtsakte der EU-Kommission ihre Wirkung. Die Regelungsdichte ist inzwischen so hoch, dass die „europäische Integration eine eigene rechtliche Qualität“ erlangt hat, so Thomas Henschel, wissenschaftlicher Direktor der European School of Governance in Erfurt.

Das Leben der Unionsbürger ist zunehmend direkt betroffen. Zugleich wird der Europäischen Union immer wieder ein Mangel an demokratischen Strukturen vorgeworfen, woraus sich für die europäische Integration ein ernsthaftes Problem der Legitimierung ergeben kann. Wenn die Erweiterung und Vertiefung der EU voran schreiten soll, dann kann unmöglich auf die Akzeptanz und Unterstützung durch die Bürger in Europa verzichtet werden. Um dies zu erreichen, bedarf es zum einen der Aufklärung über die Arbeit der EU-Administration, insbesondere der Kommission. Dazu bot die Tagung eine hervorragende Gelegenheit. Sowohl der Leiter der EU-Kom-

missionsvertretung in München, Jochen Kubosch, wie auch der EU-Kommissionsbeamte Dr. Stefan Tostmann konnten in ihren Erfahrungsberichten die Arbeit dieses Unionsorgans ins rechte Licht rücken und Klischees abbauen helfen.

Mitbestimmung und Partizipation

Ein weiteres wichtiges Mittel, um die Akzeptanz für die Arbeit der EU-Institutionen zu stärken, besteht darin, Möglichkeit der Mitbestimmung zu schaffen. Wenn die Union in so viele Lebensbereiche der Menschen eingreift, dann müssen den Bürgern auch Mittel zur Partizipation zur Verfügung stehen.

Auf verbandlich organisierter Ebene laufen die Versuche der Einflussnahme bereits wie selbstverständlich. Eine inzwischen kaum noch zu überblickende Anzahl von Lobbyisten mit den unterschiedlichsten Interessen und ebenso unterschiedlichen organisatorischen Strukturen haben inzwischen in Brüssel, dem „Zentrum der Macht“, ihre Büros bezogen. Es wird von etwa 2000 bis 3000 Interessengruppen gesprochen, die allesamt bemüht sind, die Entscheidungen der verschiedenen europäischen Organe in ihrem Sinne mitzubestimmen. Diese direkte Form der Partizipation ist für sich genommen nichts Schlechtes. Kubosch be-

tonte, dass die Kommission das Lobbying sogar braucht, um so zu erfahren, wie die Interessenlage der Verbände und Unternehmen aussieht. Dennoch kommt der „unanständige Klang“ (Kubosch), der dieser Form der Mitbestimmung anhaftet, nicht von ungefähr: dieser Weg der Einflussnahme ist nur bedingt einer demokratischen Kontrolle zu unterziehen; daher ist das Lobbying nicht ganz unproblematisch, solange solche Verhandlungen hinter verschlossenen Türen abgehalten werden. Zunehmende Transparenz ist nötig, um den Demokratieanspruch der EU nicht (weiter) auszuhöheln.



Jochen Kubosch: Zunehmende Transparenz ist nötig
Fotos: Peucker

Neben dieser direkten Interessenvertretung durch Verbände und andere organisierte Gruppen findet auf europäischer Ebene die indirekte Einflussnahme auf Politik durch die Medien statt. Presse und Fernsehen kanalisieren Interessen, informieren und dienen so als Brücke zwischen Politik und Bürger. Außerdem tragen die Medienleute z.B. durch die täglich in Brüssel stattfindenden „Pressebriefings“ dazu bei, den Beziehungen zwischen Lobbyisten und den EU-Institutionen mehr Transparenz zu verleihen.

All diese Partizipationsformen lassen allerdings die Frage aufkommen, wo und wie der „einfache“ Unionsbürger mitreden kann. Für die EU-Organe ist

eine gestärkte Legitimitätsbasis auf Seiten der Normalbürger unentbehrlich, wenn die weitere europäische Integration erfolgreich verlaufen soll. Subsidiäre und regionale Partizipationsmöglichkeiten können ein wichtiger Schritt sein zu mehr Mitsprache, gesteigerter Akzeptanz von politischen Entscheidungen und damit letztlich zu einer verstärkten Identifikation mit Europa führen. Diesen Weg stellte Dr. Thomas Henschel als „bürgerschaftliches Engagement“ in den Mittelpunkt seines Tagungsbeitrages. In einer Zeit, in der die Regelungskompetenzen der nationalen Regierungen abnehmen und die Knappheit der finanziellen Ressourcen zu effektivem Umgang zwingen, müssen die Bürger im Sinne der „civil society“ gerade in regionale Entscheidungsprozesse stärker eingebunden werden. Städtenetzwerke in Stuttgart oder Gütersloh haben mit diesem Prinzip erstaunliche Erfolge erzielt und gezeigt, dass die Bürger in situativ-lebensweltorientierten Kontexten zu politischer Eigenverantwortung fähig und alles andere als politikmüde sind.

Visionär jedoch nicht utopisch

Ausgehend von diesen Erfolgen schlägt Henschel eine „Neuorganisation von bürgerschaftlichem Engagement“ vor, die die Vorteile des europäischen Zusammenschlusses, z.B. Freizügigkeit, mit den Vorteilen von Dezentralismus und Demokratie verknüpfen will: Die Bürger sollten das Recht erhalten, sogenannte FOCJ zu gründen. Hinter dieser fremd klingenden Formel steht der englische Ausdruck: *functional, overlapping and competing jurisdiction* (sinngemäß: funktionale, sich überlappende und konkurrierende Gemeinden). Dieses vom Mannheimer Zentrum für Europäische Integrationsforschung stammende Konzept will jedem Unionsbürger die Chance bieten, sich - wenn auch z.T. nur kurzfristig - in Interessengruppen, den FOCJ, zu organisieren und zu engagieren. In ihrer Ausdehnung orientieren sich die FOCJ lediglich an den anstehenden Problemen, nicht an regionalen oder nationalen Grenzen, und sind dadurch in

der Lage, sehr flexibel auf die Bedürfnisse der Bürger zu reagieren. Ausgangspunkt dieser föderativen Einheiten ist die konkrete Lebenswelt der Bürger. Das typische Merkmal einer jeden FOCJ-Einheit liegt in der inhaltlichen Konzentration auf nur eine oder wenige Funktionen, z.B. Ausbildung oder öffentlicher Verkehr. So könnten



Thomas Henschel: „Neuorganisation von bürgerschaftlichem Engagement“

alle Bürger unmittelbar politische Entscheidungsprozesse initiieren, über die Realisierung diskutieren und letztlich auch die tatsächliche Umsetzung ermöglichen.

Dieses Konzept ist zwar visionär, jedoch nicht völlig utopisch, so Henschel. Voraussetzung und zugleich

Ziel dieser Entwicklung in Richtung „globaler Zivilgesellschaft“ (Thierse) ist nicht nur eine Vertiefung der EU, sondern eine grundlegende Institutionenreform. Es steht außer Frage, dass dem Unionsbürger damit eine neue Rolle zukommt, die nicht problemlos und ohne Weiteres erfüllt werden kann. Wer sich selbstorganisiert engagieren will, der braucht auch Möglichkeiten der Informationbeschaffung und - was oft noch schwieriger ist - soziale Kompetenzen wie Diskussionsfähigkeit und Konsensbereitschaft. Doch trotz aller Stolpersteine auf dem Weg zu mehr Transparenz, Demokratie und Mitbestimmung in der Politik sollte man nicht aus den Augen verlieren, dass eine fortschreitende europäische Integration auf Dauer nicht an der Legitimität auf Seiten der Unionsbürger vorbei kommt.

Es sind sowohl die politischen Institutionen wie auch die Bürger selbst gefordert, die Demokratiedefizite und fehlende Bürgernähe abzubauen. Denn so alltäglich und legitim die Lobbyarbeit der Verbände auch sein mag - breite Akzeptanz und Identifikation mit politischen Beschlüssen erreicht man am besten auf den demokratischen Wegen der persönlichen Teilhabe an der Entscheidungsfindung. ■

Mario Peucker

Die Referenten:

Heike Aghte, *Vorstandsmitglied des Verkehrsbüros Deutschland e.V. (VCD), Umweltbüro Neubauern*

Dr. Thomas Henschel, *Wissenschaftlicher Direktor der European School of Governance an der Universität Erfurt*

Jochen Kubosch, *Leiter der Vertretung der EU-Kommission, München*

Dipl.pol. Andreas Maurer, *Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Köln, stellv. Generalsekretär TEPSA*

Ursula Schleicher, *MdEP, Brüssel*

Dr. Alexander Schrader, *Leiter Volkswirtschaft, HypoVereinsbank AG, München*

Dr. Stefan Tostmann, *EU-Kommission, Generaldirektion für Energie und Verkehr, Brüssel*

Dr. Arnold van Zyl, *Konzernrepräsentanz DaimlerChrysler, Brüssel*

Tagungsleitung: Dr. Michael Piazzolo

Fit für die Osterweiterung?

Die Europäische Union nach dem Gipfel von Nizza

Große Erwartungen und Erfolgsdruck begleiteten die Regierungskonferenz des Europäischen Rates in Nizza im Dezember 2000. Es galt, die EU fit zu machen für die Osterweiterung, die „left-overs“ des Vertrags von Amsterdam endgültig zu regeln. Im Mittelpunkt der Verhandlungen standen die Stimmgewichtung im Ministerrat und die dortige Ausweitung der Entscheidung mit qualifizierter Mehrheit, die zukünftige Zahl der Kommissare, die Befreiung der verstärkten Zusammenarbeit vom Vetorecht und die Proklamation einer Grundrechtscharta.

Am unproblematischsten erwies sich die Verabschiedung der europäischen Grundrechtscharta. Zumindest hier kann uneingeschränkt von einem Erfolg gesprochen werden. Für Dr. Frank Hoffmeister von der Humboldt-Universität Berlin ist der neue Grund-

den Zeitraum 2010 hinaus. Die Diskussion hinsichtlich des Charakters der EU - ob Staatenbund oder Bundesstaat - hält er für rein theoretisch. Die EU sei über diese Begriffe hinausgewachsen: „Mit den jetzigen Verträgen kann man schon eine Allzustän-

sich, dass nur noch die EU als Ganzes Einfluss und Gewicht hat. Ein lediglich nationales Auftreten werde in Zukunft nicht mehr möglich sein.

Bei der Diskussion um einerseits das supranationale Modell und das intergouvernementale Modell sei für ihn keines von beiden eine Alternative. Er hingegen stellt die Gemeinschaftsmethode der Oligarchie von großen Mitgliedstaaten gegenüber. Das beste Beispiel hierfür ist das Auftreten der Großen in Nizza. Der Dissens zwischen Frankreich und Deutschland zeige schon jetzt den abnehmenden Einfluss der Achse Berlin-Paris, der sich in einer vergrößerten Gemeinschaft noch mehr verflüchtigen wird. Daher betonte Wuermeling, dass die Gemeinschaftsmethode der Oligarchie vorzuziehen sei und gerade aus diesem Grunde das Verhältnis zwischen dem Europaparlament, der Kommission und dem Ministerrat vernünftig ausgewogen werden muss. Hier schwebt ihm das Modell eines direkt gewählten Europäischen Parlamentes auf der einen Seite und den nationalen Regierungen auf der anderen Seite vor.

Wo endet Europa ?

„Die Grenzen der europäischen Union werden in keinerlei Himmelsrichtung mehr ausgeweitet.“ Es sei utopisch, davon auszugehen, die Türkei werde einmal Mitglied der EU werden. Es sei abzusehen, dass sich nach der ersten Runde der Erweiterung eine „Katerstimmung“ innerhalb der Gemeinschaft ausbreiten werde. Dysfunktionen wie das Einstimmigkeitsprinzip würden durch die größere Mitgliederzahl verschärft und machen ein gemeinsames Handeln nur noch schwer möglich. „Vor allem die Neuverhandlung der Finanzen der EU- die Agenda 2006- wird die Gegensätze zu Tage fördern. Daher wird zu diesem Zeitpunkt kein Mensch mehr darauf kommen, noch weitere Staaten aufzunehmen.“

Eine Alternative zum Prozeß der Erweiterung nach der ersten Runde wären neuartige Nachbarschaftsverträge



Europa-Abgeordneter Wuermeling: „Die Türkei wird nicht Mitglied der EU“. Links: Tagungsleiter Michael Piazzolo Foto: Simon

rechtskatalog die lang benötigte Ergänzung der bisher kodifizierten Grundrechte innerhalb der EU. Er meinte, dass vor allem der Europäische Gerichtshof (EuGH) die hier verbrieften Rechte zum künftigen Maßstab seiner Rechtsprechung machen wird.

Im Gegensatz hierzu blieben die anderen Tagesordnungspunkte des Gipfels bis zuletzt hart umkämpft. Der Europaabgeordnete Dr. Joachim Wuermeling versuchte in seinem Vortrag auf grundsätzliche Fragestellungen einzugehen, auch ausblickend über

digkeit der Union begründen. Die Form entscheidet letztendlich nicht über den Inhalt der Gemeinschaft. Bundesstaatliche und völkerrechtliche Elemente machen die EU zu einem eigenen Gebilde.“ Als entscheidende Veränderung der EU konstatierte der Referent, dass die Gemeinschaft seit ihrem Beginn in den 50er Jahren immer nach innen gerichtet war, mit Blick auf die GASP (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik) seit dem Vertrag von Maastricht werde sie jedoch mehr und mehr extrovertiert. Im Rahmen der Globalisierung zeige

unterhalb der Mitgliedschaft. Hier sehe er die Möglichkeit, anhand von verschiedenen Instrumentarien die Peripherie um Europa, also auch die afrikanischen Mittelmeerstaaten, an die EU zu binden. Die Einrichtung eines ständigen EU-Militärausschusses in Nizza einhergehend mit europäischen Streitkräften impliziere hier in Zukunft auch eine militärische Kooperation mit der europäischen Peripherie, wobei sich die EU zur regionalen Ordnungsmacht entwickeln könne.

Osterweiterung 2004 oder 2006

Nicht die Frage nach dem „Wann“, sondern nach dem „Wie“ ist für den Erfolg der Erweiterung entscheidend. Es gilt, die bestehenden Gegensätze ernst zu nehmen. Als Beispiel führte Wuermeling an, dass das Wohlstandsgefälle (Kaufkraftparität) zwischen der Bundesrepublik und Polen das größte der Welt sei. Die Schwierigkeiten der Bewerberländer mit der Umsetzung des „acquis communautaire“ und dem vorherrschenden Mangel an juristischem Rechtsverständnis machen klar, dass ein Zusammenwachsen nicht von heute auf morgen gelingen kann. Die derzeitige Strategie der Kommission einer schnellen Erweiterung mit kurzen Übergangszeiten trägt aber genau diesem Sachverhalt keine Rechnung. Daher plädiere er - anders als die Kommission - für eine schnelle Erweiterung mit langen Übergangsfrieten. Nur durch eine Vielzahl von Ausnahmeregelungen lasse sich die Erweiterung für beide Seiten erträglich und letztlich erfolgreich gestalten. ■

Reimund Simon

Peter Hampe als DVpB-Landesvorsitzender wiedergewählt



Akademiedozent Peter Hampe (2. v.r.) ist auf der Jahreshauptversammlung der Deutschen Vereinigung für politische Bildung (DVpB) im Dezember in Tutzing einstimmig wiedergewählt worden. Zu seinen Stellvertreterinnen wurden Dorothea Weidinger (2. v.l.) und Monica Bartl bestimmt. Manfred Simon bleibt Schatzmeister. Hampe führt den Landesverband seit 8 Jahren. Nach seiner Wiederwahl wies er darauf hin, dass eine stärkere Verankerung der politischen Bildung an den Schulen angesichts aktueller politischer Tendenzen dringender denn je sei.

Foto: Macher

Sanierung und Renovierung



Weitreichende Sanierungs- und Renovierungsarbeiten prägten das Bild der Akademie im Dezember und in den Weihnachtsferien. Wärmedämmung in den Gästezimmern und im großen Hörsaal (unser Bild zeigt den Transport der Dämmplatten auf den Dachstuhl) sowie neue Fenster auf den Pavillonfluren und im Speisesaal werden in Zukunft die Heizkostenrechnungen deutlich mindern.

Foto: Wrase

Spielregeln für eine globale Ökonomie

Seit den 80er Jahren steht die Wirtschaftspolitik weltweit im Zeichen zunehmender Liberalisierung bzw. Deregulierung. Zusammen mit den neuen Informationstechniken hat dies der „Globalisierung der Märkte“ enorme Schubkraft verliehen. Neue Märkte schießen gleichsam aus dem Boden, Unternehmen strukturieren sich um, nationale Grenzen verlieren an Bedeutung. Können diese Prozesse sich selbst überlassen werden oder braucht auch eine sich globalisierende Wirtschaft eine bestimmte Rahmenordnung? Dieser Frage widmete sich eine Kooperationstagung mit der Evangelischen Akademie Tutzing unter dem Motto „Welches institutionelle Design braucht die sich globalisierende Wirtschaft?“, zu der Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Ministerien und internationalen Organisationen eingeladen waren. Aus dem weiten Feld von potentiellen Rahmenregelungen wurden die drei Schwerpunkte „Regelungsbedarf im Internet“, „Internationale Fusionen und Wettbewerbspolitik“ sowie „Stabilisierung der globalen Finanzmärkte“ ausgewählt.

Das ein Interesse am Regelungsbedarf im Internet insbesondere hinsichtlich der Bereiche Datenschutz, Urheberrecht, Verbraucherschutz, e-commerce und Jugendschutz besteht, ist bekannt. Allerdings stellt sich die Frage, wie und in welcher Form. Rudolf Gridl vom Bundeswirtschaftsministerium verglich die verschiedenen Regelungsmöglichkeiten. Er unterschied zwischen technischen, rechtlichen und selbstregulierenden Lösungsansätzen. Seiner Ansicht nach gebe es auf Dauer keine Alternative zu internationalen bzw. europäischen Regelungen, auch wenn das ein langwieriger und schwieriger Prozess sei. Nur auf diese Weise könne man internationale Wettbewerbsgleichheit herstellen und ein Umgehen dieser Bestimmungen größtenteils verhindern. Auch Selbstregulierungen seien vielversprechend, wie die Initiative D21 (Initiative der deutschen Wirtschaft zur Förderung der Informationsgesellschaft) und ICANN (Internet Corporation for Assigned Names and Numbers) zeigten, doch sind die dort getroffenen Bestimmungen nicht rechtsverbindlich. Vorerst bliebe die nationale Gesetzgebung (Teledienste-

gesetz, Signaturgesetz, Datenschutzgesetz) ein Pfeiler der Ordnung im Internet, da nach wie vor das Herkunftslandprinzip gelte. Der Nachteil technischer Filtersysteme sei, dass man im „Wettlauf mit den Bedrohungen stets nur zweiter Sieger sei.“

In der diesen Teil abschließenden Podiumsdiskussion stellte Ursula Weidenfeld (Financial Times) die provokante Frage: „Brauchen wir denn eigentlich eine derartige Regulierung des Internets?“ Gridl wandte ein, es sei ein Trugschluss zu sagen, das Internet wäre bisher frei von Regulierung gewesen. Durch die Harmonisierung auf internationaler Ebene finde vielmehr ein Abbau der vielen natio-

„Regulierung ist wichtig, da die Firmen Rechtssicherheit und allgemeine Standards dringend brauchen, um effizient planen und wirtschaften zu können.“

(Peter Dreyer, Siemens AG)

nen Regelungen statt, was die Internetaktivitäten wiederum stimuliere. Peter Dreyer (Siemens AG) betonte die Wichtigkeit der Regulierungsvorhaben, da die Firmen Rechtssicherheit und allgemeine Standards dringend brauchten, um effizient planen und wirtschaften zu können.

Im nächsten Tagungsteil „Internationale Fusionen und Wettbewerbspolitik“ konstatierte Rolf Bühner von der Universität Passau, dass vor allem die in der letzten Zeit häufigen und spektakulären Megafusionen zu sogenannten „global players“ auf die Faktoren Globalisierung, Liberalisierung, Neue Techniken und reife Märkte zurückzuführen seien. Bei den erhofften Synergien, die Fusionen bringen sollen, unterscheidet man kostenbasierte Synergien, hauptsächlich durch Rationalisierung der Produktion, und ertragsbasierte Synergien wie zum Beispiel Marktanteilerweiterungen und Steigerung der Innovationsfähigkeit. Die Börse reagiere nach Verlautbarung der Übernahme absichtlich mit einer extremen Wertsteigerung des Übernahmekandidaten, während der Wert des übernehmenden Unternehmens im Vergleich dazu weniger ansteigt. Nach der Fusion komme es meist zu großen Desinvestitionen im Bereich der Akquisitionen ohne Bezug zum eigentlichen Kerngeschäft.

Konzentration auf das Kerngeschäft

Erhard Kantzenbach (Universität Hamburg) wies darauf hin, dass vor allem die horizontalen Fusionen Erfolg zeitigen, während die vertikale Ausweitung in Konglomerate immer mehr abnehme, also der Trend in Richtung Konzentration auf das Kerngeschäft gehe. Neben den zu erzielenden Kostenvorteilen und der angestrebten Marktdominanz spielten bei Fusionen aber auch die persönlichen Motive von Spitzenmanagern und große Investmentbanken eine wichtige Rolle. Früher hätten Staaten ein besonderes Interesse daran gehabt, die Wettbewerbsfähigkeit ihrer „national champions“ zu sichern und zu steigern, dieses Interesse verringerte sich aber in dem Maße, wie diese Unternehmen heute durch Direktinvestitionen im Ausland oder durch Zusammenschlüsse zu multinationalen Unternehmen werden. Die gesamtwirtschaftliche Beurteilung von Zusammenschlüssen sei ambivalent und deshalb letztlich einzelfall-

hängig. Ein Konfliktfall zwischen Staat und „global player“ ergebe sich dann, wenn Fusionen zu Wettbewerbsbeschränkungen führen.

Supranationale Zusammenarbeit

Dr. Hans-Jürgen Ruppelt vom Bundeskartellamt zeigte sich skeptisch, ob der Wettbewerb dauerhaft noch im nationalen Alleingang gesichert werden könne. Eine supranationale Wettbewerbsordnung sei in der EU aufgebaut worden; darüber hinaus habe sich durch die internationale Zusammenarbeit nationaler Wettbewerbsbehörden eine wirksame Handlungsmöglichkeit gegenüber internationalen Wettbewerbsbeschränkungen ergeben. Ein Weltkartellrecht mit einem Weltkartellamt sei derzeit politisch unrealistisch, aber auch nicht wünschenswert, da die verschiedenen Interessenlagen der Staaten ein Kartellrecht des kleinsten gemeinsamen Nenners hervorbringen würden, der den wettbewerbspolitischen Erfordernissen nicht entspräche. Somit bleiben die nationale Wettbewerbspolitik ebenso wie die zwischenstaatliche und supranationale Zusammenarbeit unverzichtbar.

Die Referenten:

Prof. Dr. Rolf Bühner, Universität Passau

Peter Dreyer, Leiter Verbindungsbüro Brüssel, Siemens AG

Wolfgang Fritsch, Deutsche Bundesbank, Frankfurt/Main

Dr. Rainer Geiger, Deputy Director for Financial, Fiscal and Enterprise Affairs, OECD Paris

Dr. Rudolf Gridl, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Berlin

Prof. Dr. Erhard Kantzenbach, Universität Hamburg

Dr. Hans-Jürgen Ruppelt, Bundeskartellamt, Bonn

Prof. Dr. Friedrich Sell, Universität der Bundeswehr, München

Prof. Dr. Helmut Wagner, FernUniversität Hagen

Dr. Ursula Weidenfeld, Financial Times Deutschland, Berlin

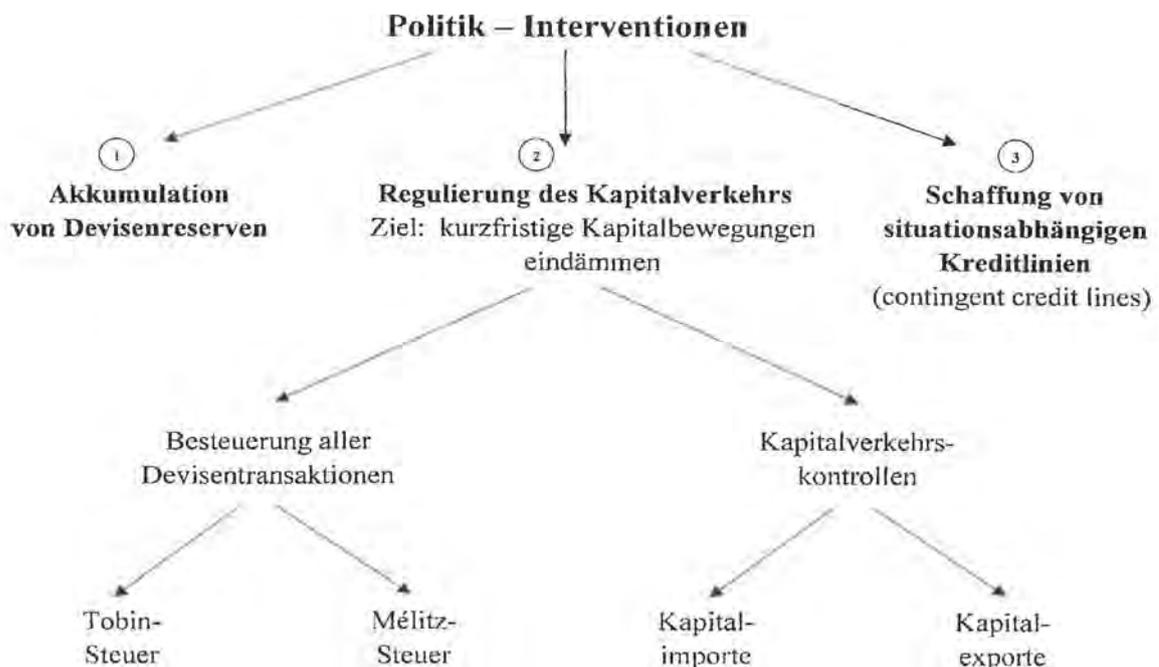
Tagungsleitung:

Dr. Peter Hampe, Akademie für Politische Bildung Tutzing

Dr. Martin Held, Evangelische Akademie Tutzing

Im letzten Teil der Tagung, „Stabilisierung der internationalen Finanzmärkte“, verwies Helmut Wagner (Fernuniversität Hagen) zunächst darauf, dass man von globalen, weltumspannenden, auch die Entwicklungs- und Schwellenländer einbeziehenden Finanzmärkten erst seit den 90er Jahren sprechen kann. Es stelle sich die Frage, ob die zu beobachtenden star-

ken Wechselkursschwankungen gerechtfertigt oder zu exzessiv seien. Die Antwort hierauf impliziere nämlich, ob ein staatliches Eingreifen notwendig wird oder nicht. In bezug auf diese Volatilität der Finanzmärkte stellte Helmut Wagner zwei fundamental unterschiedliche Erklärungsansätze vor. Der „portefeuille-theoretische Ansatz“ sehe die Volatilität als einen



Quelle: Frenkel/Menkhoff 2000: Eigenentwurf

Begleitumstand des internationalen Kapitalverkehrs. Das Kapital suche sich die attraktivsten Finanzmärkte und die Kursschwankungen bewegten sich deshalb nach rationalen und stabilen Kriterien auch in Krisen. Ganz

betrachtet diese Krise als Resultat einer spezifischen Verknüpfung bzw. Verhaltensweise von Banken, Unternehmen und Regierungen, die ökonomische „Blasen“ kreierte haben, die zwangsläufig platzen mussten. Im

runssystem, die vor dem Hintergrund starker Wechselkursschwankungen, der Finanzkrisen der „emerging markets“, aber auch der übertriebenen Euro-Schwäche vielfältige Vorschläge hervorgebracht habe (siehe Schaubild).



von links: Peter Dreyer (Siemens AG), Tagungsleiter Peter Hampe, Ursula Weidenfeld (Financial Times), Tagungsleiter Martin Held (Ev. Akademie), Rudolf Gridl (BM Wi), Rainer Geiger (OECD)

Foto: Peucker

im Gegensatz hierzu stehe der Ansatz, nachdem die Investoren einem Herdenverhalten folgten. Hiernach würden die Kapitalmärkte losgelöst von ökonomischen Kriterien bewertet. „Panikgleichgewichte“ und „Exzessvolatilität“ wären die Folge. Besonders die Asienkrise 1997/98 macht den Unterschied beider Theorien deutlich. Der portfeuilletheoretische Ansatz

Gegensatz hierzu die andere Theorie, die davon ausgeht, dass aufgrund von Vertrauensverlust ein panikartiger Abzug von Kapital zum Zusammenbruch der betroffenen Märkte führte.

Friedrich Sell (Bundeswehr-Universität München) gab einen Überblick über die internationale Diskussion zur Stabilisierung des Finanz- und Wäh-

Generell mehr Transparenz

Wolfgang Fritsch von der Deutschen Bundesbank bewertete es als positiv, dass sich der IWF in Zukunft wieder auf seine Kernkompetenz des „lender of last resort“ beschränken werde. Außerdem wies er auf das auf Initiative des ehemaligen Bundesbankpräsidenten Tietmeyer im Zusammenhang der Krisen der „emerging markets“ geschaffene „Forum für Finanzmarktstabilität“ hin, in dem die G-7 Länder und andere wichtige Vertreter der Finanzmärkte an der Ausarbeitung und zukünftigen Beachtung von Mindeststandards arbeiten. Hierzu gehören international anerkannte Regeln für die Banken- und Börsenaufsicht, die kontinuierliche Veröffentlichung von ökonomischen Daten und generell mehr Transparenz. Bekämpft werden von dem Forum zum Beispiel „Offshore-Finanzzentren“ und übermäßige kurzfristige Verschuldung. Auch Hedge-Funds sollen in Zukunft verstärkt kontrolliert werden. Neben dem Forum erhofft sich Fritsch von der neuen informellen Gruppierung G20 internationalen Konsens für die notwendigen Reformen. ■

Reimund Simon

Nachwuchs für politische Bildung

Die Akademie lud Schülervertreter verschiedener politischer Gruppierungen, die eine Initiativgruppe zur Förderung der politischen Bildung an den bayerischen Schulen gebildet haben, ein, um mit ihnen im Rahmen einer Kleintagung verschiedene Reformanliegen zu diskutieren.

ph



Vom Praktikanten zur Institution

Gebhard Diemer in den Ruhestand verabschiedet

Ein Zeitvertrag über drei Monate war 1965 der Einstieg Gebhard Diemers in die Akademie für Politische Bildung. Aus dieser flüchtigen Bekanntschaft wurde schließlich eine über 35 Jahre anhaltende Dauerbeziehung. Mit einer Feier verabschiedete die Akademie ihren dienstältesten Dozenten in den (Un-)Ruhestand.

Gebhard Diemer, so der Direktor der Akademie, Prof. Dr. Heinrich Oberreuter in seiner Laudatio, habe es während dieser 35 Jahre vollbracht, selbst zur Institution zu werden. Dies zeigt sich schon darin, dass es Teilnehmer gab, die nicht in die Akademie, sondern zu Herrn Diemer kamen. Seine Art, Menschen – egal, ob jung oder alt – anzuregen, über die grundlegen-

genauso intensiv wie spezifischen Frauen- und Landwirtschaftsthemen. Von Gebhard Diemer als einer „Allzweckwaffe der politischen Bildung im besten Sinne des Wortes“ zu sprechen, ist daher nicht zu hoch gegriffen. Er war stets wach für gesellschaftspolitische Themen, die zu diesem frühen Zeitpunkt nur der „Profi“ erkennen konnte. So hat er sich schon



Akademiedirektor Oberreuter (r.): „Gebhard Diemer ist eine Allzweckwaffe der politischen Bildung im besten Sinne des Wortes“

den Fragen ihrer Existenz und ihrer Rolle als soziale Wesen in der Gesellschaft nachzudenken, hinterließ bei seinen Teilnehmern regelmäßig einen anhaltenden Eindruck. Das Beschäftigungsfeld Gebhard Diemers ging weit über den Schwerpunkt der letzten Jahre (Moral und Ethik in der Politik) hinaus. Ein Blick auf seine Seminarthemen belegt seine breit angelegte Interessenvielfalt. Fragen der internationalen Politik widmete er sich

mit Humangenetik und deren politischen und moralischen Implikationen beschäftigt, als dieses Thema erst allmählich öffentlich wahrgenommen wurde.

Wandel der Werte

Auf den „Wandel der Werte und den (Un-)Möglichkeiten seiner Beeinflussung“, einem Thema, das auch Gebhard Diemer schon geraume Zeit be-

schäftigt, kam schließlich Prof. Dr. Hans-O. Mühleisen, der den Festvortrag hielt, zu sprechen. Darin präsentierte er neueste Umfragedaten, die bei vorsichtiger Interpretation darauf hindeuten, dass konservative bzw. traditionelle Werte wie Gehorsam oder Disziplin wieder an Boden gewinnen. Dennoch zeigt die Entwicklung der letzten 50 Jahre, so Mühleisen, dass der „sogenannte Werteverlust ein Orientierungswandel von Pflicht- und (Unter-)Ordnungswerten zu individualisierten Freiheits- und Autonomiewerten“ sei, der mit Tugendappellen nicht beeinflusst werden kann. Vielmehr könne nur durch das Wirken glaubwürdiger Vorbilder gegengesteuert werden, denn wie schon Jung bemerkte, ist für die Erziehung der Menschen die Erfahrung am wichtigsten.

Einige seiner Erfahrungen schilderte schließlich Gebhard Diemer, der zum Abschluss der Feier das Wort ergriff. „Alles, was ich bin, verdanke ich fast ausschließlich anderen Menschen“, stellte er fest und verwies u. a. auf Platon und Walter Jens. Schon früh, so Diemer, habe er für sich den Vorsatz gefasst, jeden Menschen zu respektieren, unabhängig von dessen Bildung und dessen sozialem Stand. So ist es nur konsequent, dass bei ihm neben Platon und Sokrates der „Hilfsarbeiter Josef“ steht, von dem er sehr viel gelernt habe. Hören, so bemerkte Diemer schließlich, sei dasjenige, was immer mehr abhanden komme. Dabei wäre aber diese Fähigkeit genau das, was der Ausgangspunkt jeder Diskussion und damit auch jeder Bildungsarbeit sein sollte. Denn „jeder hat einen Bereich von Wahrheit in sich, den man nur durch Hören erfahren kann.“ Durch das Zuhören habe er in den Tagungen selbst oftmals mehr gelernt als die Teilnehmer. Er nehme für sich in Anspruch, so Diemer rückblickend, einige Leute nachdenklich gemacht zu haben. Das ist wohl der größte Verdienst, der einem politischen Bildner zuteil werden kann.

Manfred Schwarzmeier

Dozent ohne „Oberlehrer-Attitüde“

Bei der Verabschiedung durch die Kolleginnen und Kollegen der Akademie sagte der nach Gebhard Diemer dienstälteste Kollege, Jürgen Weber, u.a.:

Was ihn auszeichnet:

Er ist ein leidenschaftlicher Erwachsenenbildner und zugleich gedankenreicher philosophischer Kopf und Historiker. In dieser Kombination liegt auch der Erfolg bei unseren Teilnehmern. Er versteht es eindrucksvoll, historische, ethische und politische Fragestellungen zu verknüpfen. Was er sagt, ist für die Teilnehmer nicht

se Herren alle selbst kennt. Deshalb hat jemand auch einmal voller Anerkennung gesagt: „Der Herr Diemer ist schon 400 Jahre alt, der redet, als sei er selbst dabei gewesen“.

Was ihm völlig abgeht:

Er hat nicht den Ehrgeiz, anderen seine Meinung aufzudrängen. Die Attitüde des Besserwissers und Oberleh-



Gebhard Diemer ist sein eigenes Medium

Was er damit erreicht:

Frei von den Untugenden des Oberlehrers versteht er es, sein Publikum zu fesseln. Ich habe bei gemeinsamen Tagungen schon oft erlebt, dass mir Unverständnis entgegen schlug, wenn ich als Moderator eine Pause anmahnte. Bei Herrn Diemer wollen die Leute immer weiter diskutieren oder einfach zuhören, aber keine Pause machen. Das gilt vor allem – ich bitte das nicht falsch zu verstehen – für die Frauen. Ob katholische, evangelische, Landfrauen oder Stadtfrauen – sie alle schätzen seine Art, wie er jede einzelne Teilnehmerin und jeden einzelnen Teilnehmer respektiert und ernst nimmt. Das ist wahrscheinlich auch der Grund, warum er auf eine ganze Reihe von Politikerinnen blicken kann, die durch seine Schule gegangen sind – Stadträtinnen, Bürgermeisterinnen, Verbandsvorsitzende. Viele haben sich erst durch seine Seminare und Arbeitskreise für Politik zu interessieren begonnen.

Und noch eine Beobachtung:

Herr Diemer ist nicht nur ein erfolgreicher Dozent, weil die Leute alle sehr gerne zu ihm kommen, er ist auch – und das müsste die Akademieleitung besonders erfreuen – ein außergewöhnlich kostengünstiger Dozent: Laptop, Beamer, Videorekorder, Overheadprojektor – das braucht er alles nicht. Eine Tafel und ein Stück Kreide reichen ihm völlig, um seine Zuhörer zu fesseln. Auf alle die genannten Medien kann er verzichten, er ist nämlich sein eigenes Medium.



Gebhard Diemer (rechts) mit Jürgen Weber bei der Verabschiedungsfeier durch die Kolleginnen und Kollegen Fotos: Schröder

Stoff, sondern Hilfe zur Orientierung. Das kann man den positiven Rückmeldungen in den Fragebögen immer wieder entnehmen.

ers ist ihm fremd. Ich habe ihn noch nie mit erhobenem Finger reden hören. Stattdessen hört er sich geduldig an, was gesagt wird, und versucht

„Der Herr Diemer ist schon 400 Jahre alt, der redet, als sei er selbst dabei gewesen“

Was historische Dinge angeht, so sind seine Ausführungen häufig so spannend wie ein Krimi. Und auch wenn er gelegentlich weit in die Historie zurück geht, zu Ludwig dem XIV., Bismarck oder gar zu den Päpsten, dann vermittelt er den Eindruck, dass er die-

durch Fragen und Formulierungen wie „Da haben Sie Recht, aber jetzt betrachten wir das mal von der anderen Seite“ den Teilnehmern neue Einsichten zu vermitteln.

Foto-Ausstellung „Grenzreise“



Im Rahmen zweier Tagungen anlässlich des Jubiläums der Wiedervereinigung stellte Karsten Sroka aus Sachsen-Anhalt seine Foto-Ausstellung „Grenzreise“ vor. Sie zeigt, was um die Mitte der 90er Jahre von der innerdeutschen Grenze noch sichtbar geblieben ist, seien es Spuren in der Natur, seien es Reste der Befestigungsanlagen, seien es Gedenkstätten. Die Ausstellung erinnert mit Recht an die Brutalität dieser Grenze. Sie wird voraussichtlich Anfang März noch einmal in der Akademie zu sehen sein.

Auszeichnung für Kuratoren



Dr. Walter Eykmann, MdL (CSU) ist mit der Bayerischen Verdienstmedaille in Gold ausgezeichnet worden,
Frau Karin Radermacher, MdL (SPD) mit der Bayerischen Verdienstmedaille in Silber.
Die Fotos von der Pressestelle des Bayerischen Landtags zeigen die Verleihung durch den Landtagspräsidenten Johann Böhm.



Joachim Kahlert, Michael Schröder, Axel Schwanebeck (Hrsg.):

HÖREN - EIN ABENTEUER

Verlag Reinhard Fischer, München, 2001; 180 S., DM 29,-

Die visuelle Dominanz unseres Kulturkreises, die in den letzten Jahren durch die Entwicklung der digitalen Bildproduktion und –verarbeitung noch zugenommen hat, ist mit dafür verantwortlich, dass wir immer schlechter zuhören können. Oft wird heute über die fehlende Bereitschaft geklagt, bewusst zuzuhören, sich konzentriert und ausdauernd auf das gesprochene Wort einzulassen. Darunter leidet nicht nur der direkte Informationsaustausch, sondern auch die Qualität der sozialen Beziehungen.

Diesen Mangel nahm eine Kooperationstagung der Akademie für Politische Bildung Tutzing mit der Evangelischen Akademie Tutzing sowie der Ludwig-Maximilians Universität, München, und dem Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung, München, zum Anlass, um für das 21. Jahrhundert in das aktive Zuhören einzustimmen. Vorträge verschiedener Fachrichtungen legten u.a. die Bedeutung des Zuhörens

für die individuelle Entwicklung des Menschen und für das soziale, politische und kulturelle Zusammenleben dar. Außerdem kamen die Wirkung der Stimme als Instrument für Sprechen, Gesang und Gefühl sowie die Möglichkeiten der Zuhörförderung zur Sprache.

Das vorliegende Buch dokumentiert die Tagung mit den jeweiligen Essays, Statements und Vorträgen und bietet damit einem interessierten Publikum die Gelegenheit, Hören als Ereignis zu erfahren. Lesen, Schreiben und Rechnen sind kulturelle Grundfertigkeiten. Aber auch das aktive Zuhören sollte als unentbehrliche Bedingung für das Gelingen von Kommunikation und den konstruktiven Umgang mit Konflikten wahrgenommen werden.

Dokumentation: FORMATE FÜR BÜCHER

60 S., kostenlos erhältlich bei:

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.)

Referat Fernsehen und Hörfunk

Berliner Freiheit 20, 53111 Bonn

Telefon: 01888/5150 eMail: kamutzki@bpb.de

Redaktion: Jutta Specht, Bonn

Barbara Kamutzki, BpB Bonn (verantwortlich)

10.000 Neuerscheinungen werden pro Jahr allein in der Rubrik Belletristik verzeichnet. Ohne die Sachbücher also, deren Titelzahl exponential wächst, macht das etwa 30 neue Bücher pro Tag. Wie sollen sich Leser angesichts dieses turmhohen Lektüreangebots zurecht finden? Sie sind unbedingt auf Berater angewiesen, die das Angebot sichten, strukturieren und bewerten. An diesem Informations- und Vermarktungsprozess haben neben den Verlagen, dem Buchhandel und der Presse ohne Frage auch die elektronischen Medien bedeutenden Anteil: Mit regelmäßigen Buch- und Literatursendungen, mit Lestipps und Autorenportraits in Kulturmagazinen.

Formate für Bücher hieß deshalb eine Fachtagung, die vom 29. bis 31. Mai 2000 in der Akademie für Politische Bildung in Tutzing stattgefunden hat. Die Veranstalter – das Referat Fernsehen und Hörfunk der Bundeszentrale, die gastgebende Akademie für Politische Bildung in Tutzing und die Stiftung Lesen – hatten zu diesem Forum Fernseh- und Hörfunkredakteure, Autoren und Vertreter der Medienfachpresse eingeladen. An ausgewählten Beispielen wurde das aktuelle Angebot an Buchsendungen erörtert. Es ging um Philosophie und Praxis in den Redaktionen, die medialen Stärken und Schwächen von Fernsehen und Hörfunk, die bei diesem Genre im wahrsten Sinne des Wortes zu Buche schlagen; es ging um den Austausch von Erfahrungen und Anregungen und nicht zuletzt um das gemeinsame Anliegen der Leseförderung.

Die vorliegende Publikation ist kein Tagungsbericht im engeren Sinne, denn der Gang der Diskussionen wird nicht nachgezeichnet. Vielmehr werden Thesen und Befunde von „Machern“ vorgestellt, die allesamt zum Ziel haben, den Leser zum Buch zu führen – beziehungsweise das Buch zum Leser.



Jahresbibliographien 2000

Prof. Dr. Dr.h.c. Heinrich Oberreuter

Heinrich Oberreuter / Uwe Kranenpohl (Hg.), Die politischen Parteien in Deutschland. Geschichte – Programmatik – Organisation – Personen – Finanzierung. Günter Olzog / Hans-J. Liese, 26., aktualisierte Auflage. München 2000

Gerhard Friedl / Heinrich Oberreuter (Hg.), Berliner Perspektiven, München 2000

Bonn – Berlin – Brüssel. Verfassungspolitische Grundentscheidungen und europäische Integration, in: Gerhard Friedl / Heinrich Oberreuter (Hg.): Berliner Perspektiven. München 2000, S. 11-21

Landesparlamentarismus in Bayern. Wiederbegründung und Entwicklungstendenzen von 1946 bis heute, in: Stefan Immerfall (Hg.): Parteien, Kulturen und Konflikte. Beiträge zur multikulturellen Gegenwartsgesellschaft. Festschrift für Alf Mintzel, Wiesbaden 2000: S. 139-164

Parlamentarismus – eine Bilanz, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (Hg.): Normen, Stile, Institutionen. Zur Geschichte der Bundesrepublik, München 2000, S. 147-158

Politik als Show – Die Inszenierung der Politik in den Medien, in: Wolfgang Leidhold (Hg.): Politik und Politeia. Formen und Probleme politischer Ordnung. Festgabe für Jürgen Gebhardt zum 65. Geburtstag, Würzburg 2000, S. 331-340

Ordnungspolitische Fragen zum Verhältnis Politik und Wirtschaft im Jahre 2000 – Versuch einer Annäherung, in: Kurt A. Detzer (Hg.): Machtgleichgewicht in Wirtschaft und Gesellschaft – Das unerreichte Ideal der Demokratie? München 2000, S. 31-41

Regierende Mehrheit und Opposition in Sachsen, in: Sächsischer Landtag (Hg.): Zehn Jahre Sächsischer Landtag. Bilanz und Ausblick. Festschrift 10 Jahre Sächsischer Landtag 1990-2000, Dresden 2000, S. 130-154

Zur öffentlichen Funktion politischer Parteien, in: Konrad-Adenauer Stiftung (Hg.): Welche Macht den Parteien? (Zukunftsforum Nr. 1): Konrad-Adenauer Stiftung 2000, S. 9-17

Wie viel Elite verträgt und benötigt die Demokratie?, in: Klaus-M. Kodalle (Hg.): Der Ruf nach Eliten. Kritisches Jahrbuch der Philosophie, Beiheft 2 / 1999, Würzburg 2000, S. 53-64

Anmerkungen zur Aktualität der Parteienpolitik in Deutschland, in: Politische Studien, Heft 370/2000, S. 35-39

Demokratiedefizite in der EU, in: Politische Studien, Heft 368 / 2000, S. 54-58

L'Évolution Du Système Des Partis Dans L'Allemagne Unifiée, in: Allemagne d'aujourd'hui, Nr. 152 / 2000, S. 33-44

Macht und Mehrheiten. Zur Zukunft der Parteien in Deutschland, in: Die Politische Meinung, Jg. 45, Heft 365 / 2000, S. 25-29

Vertrauen auf Bewährung. Zum Verhältnis zwischen Bürgern und Parteiendemokratie, in: trend, Zeitschrift für soziale Marktwirtschaft, Nr. 82 / 1. Quartal 2000, S. 7-11

Angst ist ein schlechter Ratgeber. Die Macht der Irrationalität in der Stimmungsdemokratie, in: Standpunkt, Zeitschrift zu Energie- und Umweltfragen, Heft 2 / 2000, S. 44-48

Dozenten

Horst Denzer: Zum frühneuzeitlichen Politikverständnis, in: Hans Lietzmann / Peter Nitschke (Hg.), Klassische Politik, Opladen: Leske + Budrich 2000, S. 71-82.

Michael Piazzo: Arbeitshefte Europäische Union – Veröffentlichungen des Europäischen Bildungsinstituts für den Abendkurs Europäische Union (Heft 13 WS 1999/2000).

Michael Piazzo: Die braune Saat - Nur ein deutsches Problem? Zur europäischen Dimension von Rechtsextremismus unter Jugendlichen, Jugendliteratur, 12-2000, S.8 f.

Michael Piazzo (Beitr.): Fakt, Gemeinschaftskunde / Rechtserziehung, Unterrichtswerk für die Klasse 9 an der Mittelschule Sachsen, Berlin 2000.

Michael Piazzo: Zur Notwendigkeit einer europäischen Wertedebatte, Europastimme, 41.Jg., Nov./Dez. 2000, S.3 f.

Manfred Schwarzmeier / Bernhard Schreyer: Grundkurs Politikwissenschaft: Studium der politischen Systeme. Eine studienorientierte Einführung, Wiesbaden 2000.

Manfred Schwarzmeier / Sandra Forkel: „Who's doing you?“ Amerikas Weg in die „Consultant Democracy“, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 31. Jg., 2000, Nr. 4, S. 857-871.

Ralf Hohlfeld, FERNSEH-INFORMATIONEN 10/2000
über die Tagung Deutschland – einig Medienland?

Der „doofe Rest“ im Osten?

...Günther von Lojewski, Intendant a.D. des SFB, schilderte in Tutzing die Transformationen im Rundfunk als Mikrokosmos, den man parallel zum Makrokosmos der Gesellschaft interpretieren könne. Die Einheit sei ein Geschenk gewesen, das man nicht angenommen habe: Weder sei der überfällige Reformstau des öffentlich-rechtlichen Systems in Angriff genommen worden, noch habe man – ähnlich wie in der Politik – die Option „weniger Staat“ eingelöst. Andererseits geschah Lojewskis Ansicht nach das Überstülpen des Rundfunksystems wie des politischen Systems („alle Fehler und Irrtümer eingeschlossen“) unter enormem Zeitdruck. Er erinnerte an Schewardnadses Wort vom kleinen Zeitfenster im Orbit, das es zu nutzen galt. Wieder kam die Sprache auf die Eliten und ihre Rolle bei der

Vereinigung. Der ehemalige SFB-Intendant notierte eine Entleerung der Eliten: „Diejenigen, die etwas aus ihrem Leben machen wollten, waren weg, sie gingen zeitig in den Westen.“

Neues Selbstbewusstsein

Das Bild vom „doofen Rest“ wollte Karl Friedrich Reimers von der Hochschule für Film und Fernsehen in München und Gründungsdekan in Leipzig so nicht stehen lassen. Es habe hervorragende Leute auch noch zur Wendezeit im Osten gegeben. Nur ist es halt so, dass diese Reform- und Revolutionsauslöser nicht immer dort ankommen, wo man sie sich hinwünscht. Die Revolution frisst ihre Kinder. Hannelore Steer, Hörfunkdirektorin des ORB und auch „keine Doofe“, wies darauf hin, dass es im November

1989 zwei Stromlinien in den Rundfunkmedien der DDR gab. Die oberste Führungsetage wollte retten, was zu retten ist. Von der Basis aus gab es eine Bewegung, die in basisdemokratischen Versammlungen nach und nach mit der Abwahl missliebiger Führungskräfte begann und gleichzeitig fähige Mitarbeiter in Führungspositionen hinein wählte. Das Ergebnis: „Ein Riss im Gefüge.“ Dementsprechend verlief dann der Austausch in den Spitzenpositionen ungleich schneller als im Pressebereich.

Gleichzeitig wurde Kritik an ORB und MDR laut, ein ostentativ zur Schau gestelltes Wir-Gefühl habe auch seinen Teil dazu beigetragen, die Vereinigung zu hemmen. Steer verteidigte ihre Position mit dem Hinweis, dass man ein neues Selbstbewusstsein brauchte, um sich auf selber Augenhöhe zusammenschließen zu können: „Die Findung war nötig.“

Hannes S. Macher kritisiert in der Zeitschrift FORUM POLITIKUNTERRICHT 3-00 den Auftritt des Dresdner CDU-Bundestagsabgeordneten Arnold Vaatz in der Tagung „Deutschland einig Vaterland?“:

„Schlagwort“ Sebnitz

...Der Referent unterstellte den westdeutschen Medien ganz pauschal, dass ihnen der tragische Tod des 6-jährigen Joseph Kandelberg-Abdullah im sächsischen Sebnitz sehr willkommen gewesen sei, um vorhandene Vorurteile der westdeutschen Bevölkerung gegen „die Brüder und Schwestern im Osten endlich deutlich aussprechen zu können“. Und symptomatisch für die tiefsitzende Voreingenommenheit der Westdeutschen gegenüber den Ostdeutschen seien – laut Vaatz – die Eintragungen im Internet-Gästebuch der Stadt Sebnitz. Nur Westdeutsche hätten hier – so der Referent – mit (wahrlich ungeheuerlichen) anonymen Äußerungen aus dem rechts- wie linksradikalen Spektrum und mit anderen

menschenverachtenden und sexistischen Statements nach Josephs verhängnisvollem Tod und den bis heute mysteriösen Begleitumständen dieses Unglücks nicht nur einen Toten und dessen Familie, sondern vor allem die in Untersuchungshaft genommenen „Täter“ und alle Bürger von Sebnitz (und damit auch der neuen Bundesländer) verunglimpft. Ein Umstand, der das „Verhältnis zwischen den Ost- und Westmenschen nachhaltig beschädigt hat“ (Vaatz) und der die „anständigen Menschen im Westen“ dazu bewegen möge, nicht nur die „Rohheit der westdeutschen Medien“ in ihrer Berichterstattung anzuprangern, sondern auch eine Lichterkette für die in der „westdeutschen Presse zu Un-

recht vorverurteilten jugendlichen Täter“ zu initiieren.

Die Aussprache nach diesem ebenso emotional berührenden wie parteipolitisch reichlich durchtränkten und in diesem Rahmen ungewöhnlich vordergründig-populistischen Referat war denn auch sehr leidenschaftlich und kontrovers. Von Verständnis für Herrn Vaatz' Emotionen bis zur „deplazierten Wahlkampfrede“ reichten denn auch die Diskussionsbeiträge, denen das sächsische MdB seine persönliche Betroffenheit über den „Fall Joseph“ entgegen setzte und nicht zur Kenntnis nehmen wollte, dass die Bild-Zeitung und anonyme Internet-Perverslinge die Mehrheitsmeinung der westdeutschen Bevölkerung weder repräsentieren noch artikulieren. – „Aspekte der inneren Einheit“ lautete der Untertitel dieses Referates: Da gibt es – 10 Jahre nach der Vereinigung – hüben wie drüben wohl noch einiges zu tun!

Prof. Dr. Alfred Keck, LANDSHUTER NACHRICHTEN
vom 2. Dezember 2000:

Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur

... Der Verlauf der Tagung orientierte sich auf Erfahrungen, auf Zeitzeugenberichte aus den Jahren vor 1990. Es kam kaum zu Antworten, warum unter einem beachtenswerten Teil der Ostdeutschen der von Dr. Weber recherchierte Wandel in „Stimmungen und Meinungen“ entstanden ist, ob als Erbe aus der SED-Vergangenheit, der 45-jährigen Spaltung und Trennung in Deutsche Ost und Deutsche West oder ob und inwieweit auch in den letzten elf Jahren etwas „schief gelaufen ist, in dem was zusammenwächst, was zusammengehört“.

Mit den Referenten und der Diskussion wurde unter anderem herausgestellt: Man darf die Repressionen nicht auf das „Stasisyndrom“ reduzieren. Im DDR-Alltag ging die Repression eher von der SED und den so genannten „Massenorganisationen“ aus wie auch von den Abschnittsbevollmächtigten der „Volkspolizei“ (Wolle). Nach Wolle wurde jede „Nische ausgeleuch-

tet“, so dass es eine „Verharmlosung ist, bei der SED-Diktatur von einer Nischengesellschaft zu sprechen“.

Das „Bildungswesen der SBZ/DDR war eine Sortiermaschine“ (Freya Klier) mit „Zuckerbrot und Peitsche-Strategie, Kollektivismus im Alltag und zunehmender Militarisierung auch in Aus- und Weiterbildung, mit Symbolisierung über Auszeichnungen, Orden und Ehrenzeichen und der Vergabe von Bildungsfunktionen an Systemdiener“. Es wurde eine „sozialistische Intelligenz gebildet“. Auswahlkommissionen selektierten vor allem in der Zeit nach 1950 nach „Zuverlässigkeit, Staatsverbundenheit, Disziplin, nach Parteitreu und Gefolgschaft im Kampf gegen den Klassenfeind“. Sie zeigte die Widersprüche in 50 Jahren SBZ/DDR auf, war eine der wenigen, die auch verdeutlichte, wie sie selbst heute in Schulen Vergangenheit im Schülergespräch bewältigt. ...

(siehe auch S. 7-9)

Achim Beyer, DEUTSCHLAND ARCHIV 6/2000:

Absage an die Schlusstrich-Debatte

... In Tutzing fand die fünfte gemeinsame Tagung der Politischen Akademie und des Vereins „Gegen Vergessen für Demokratie“ statt. Das Thema „Schlusstrich – Sinn oder Widersinn?“ wurde gewählt, weil es vielen Menschen in Ost- und Westdeutschland heute einfacher, bequemer erscheint, einen „Schlusstrich“ unter die jüngste Vergangenheit zu ziehen, als sich mit 40 Jahren unterschiedlicher politischer und gesellschaftlicher Entwicklung auseinander zu setzen. Die derzeitige Debatte erinnert – darauf verwiesen mehrere Referenten –

fatal an die Versuche, nach dem Untergang des NS-Regimes dessen Politik und Verbrechen möglichst schnell zu beschönigen, zu vertuschen, zu unterdrücken, zu vergessen.

Hans-Jochen Vogel, Vorsitzender des Vereins gegen Vergessen für Demokratie, hielt dagegen: „Erinnerung ist notwendig, diese bedarf des Wissens.“ Wissen über beide Diktaturen in Deutschland vermittelten sachkundige Referenten den Tagungsteilnehmern – unter ihnen viele Opfer der SED-Justiz und sowjetischer Militärtribunale. ...

Werner vom Busch, NORDBAYERISCHER KURIER vom 24. 11. 2000:

SPD am Scheideweg der Globalisierung

... Am Anfang stand die Rückbesinnung. Woher kommt die Sozialdemokratie? Helga Grebing, die ihr Leben lang über die Geschichte der Sozialdemokratie forschte, gab einen kurzen Abriss: Wie das Wählerreservoir der Sozialdemokraten sich anfangs aus kleinen Handwerksmeistern und frustrierten Intellektuellen speiste, dass der Begriff der „Neuen Mitte“ von August Bebel stamme, und die SPD vor dem Ersten Weltkrieg Modell für Europa war. Dass die Sozis vor dem Ersten Weltkrieg ein gebrochenes Verhältnis zu Macht hatten und nach dem Zweiten Weltkrieg der allgemein erwartete Linksruck ausblieb.

Und die Zukunft? Der Weg wird entlang der Linien gehen, wie sie Tony Blair und Gerhard Schröder in ihrem Papier von 1997 entwarfen, inspiriert durch Anthony Giddens Idee vom Dritten Weg: Keine Rechte ohne Pflichten, eine neue Wirtschaft mit einem sorgfältig austarierten Gleichgewicht von Regelungen und Deregulierung. Die früher starke Fixierung auf die Gleichheit soll entfallen, die Risikoabsicherung des Einzelnen aber gewährleistet sein. Gert Weisskirchen, Außenpolitischer Sprecher seiner Partei im Bundestag, gab eine aufschlussreiche Situationsbeschreibung über die Sozialdemokratie im Osten: Je weiter östlich die Länder, desto mehr stehe die Gerechtigkeit und weniger die Freiheit im Vordergrund der Programmatik. Die starke Betonung der Freiheit sehe man eher als eine Errungenschaft des dekadenten Westens. Je näher die Länder im Westen liegen, Polen, Ungarn oder die Tschechei beispielsweise, desto mehr drängten sie in die EU und in die NATO, desto wichtiger werde auch der Freiheitsbegriff. ...

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

März

- 09-2*** 2. – 4. 3. **Teaching and Learning Democracy**
In Kooperation mit der National Louis University, Heidelberg
Leitung: Grosch / Dubois
Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53
- 10-1*** 5. – 9. 3. **Grenzverletzungen – Verantwortung und Verführung im Medienzeitalter**
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Denzer / Winkler
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 10-4** 7. 3. **Jugend 2000 in Bayern**
Akademiegespräch im Landtag
Referent: Arthur Fischer (Shell-Jugendstudie)
Leitung: Oberreuter
Sekretariat: Karin Sittkus Tel. 08158/256-49
- 11-1*** 12. – 16. 3. **Europa und der Islam**
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Hampe / Holz
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 11-2*** 12. – 19. 3. **Deutschland aus der Nähe**
Politische Landeskunde für skandinavische Deutschlehrer
In Kooperation mit dem Goethe-Institut Oslo
Leitung: Schröder
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 12-1** 20. – 23. 3. **Vom schlichten Sein zum schönen Schein?**
Public Relations und Politik
Leitung: Schwarzmeier
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- 13-5** 28. – 30. 3. **Berufliche Fortbildung für die Dritte Welt – Bildungsstandort Deutschland**
Leitung: Willenborg / Grosch
Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53
- 13-7** 26. – 28. 3. **Interessenvertretung für Senioren**
Tagung für Seniorenbeiräte und Seniorenbeauftragte
Leitung: Willenborg
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

E-Mail-Adressen der Sekretariate:

H.Baeuerle@apb-tutzing.de **N.Riewendt@apb-tutzing.de**

R.Heinz@apb-tutzing.de **K.Sittkus@apb-tutzing.de**

Chefsekretariat@apb-tutzing.de (Brigitte Hertenberger)

Die Akademie im Internet: www.apb-tutzing.de

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

13-4 30. - 31. 3.

Demokratie in der Spaßgesellschaft

In Kooperation mit dem Bayerischen Rundfunk

Leitung: Schröder / Weber

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Tagungsgebühr: DM 80,--

Themenschwerpunkte:

- Schmidteinander ins 21. Jahrhundert - Auf dem Weg in die Spaßgesellschaft
- Jugend, Freizeit und Politik - Wohin treibt uns die Eventkultur?
- Politikinszenierung und politischer Prozess - Konsequenzen für die politische Bildung
- Das Politik- und Politikerbild der Deutschen
- Die Antwort der Parteien
- Wert und Werte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
- Politik machen und Spaß bieten - Politiker als Unterhaltungskünstler?

April

14-1* 2. - 4. 4.

Frauen und neue Berufe - ein gespanntes Verhältnis?

Leitung: Schwarzmeier

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

14-5 6. - 8. 4.

Das braune und rote Gesicht der Diktatur

Vergleichende Querschnitte durch Gesellschaft, Wirtschaft und Politik

Leitung: Oberreuter

Sekretariat: Brigitte Hertenberger (Chefsekretariat) Tel. 08158/256-47

15-1 9. - 12. 4.

Unter dem Deckel der Diktatur:

Soziale und kulturelle Aspekte des DDR-Alltags

Leitung: Maruhn

Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53

16-1 18. - 20. 4.

Die Europäische Union vor der Erweiterung

Der Beitrittskandidat Polen

Leitung: Piazzolo

Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53

16-3 20. - 22. 4.

Liquidierung, Säuberung, historische Notwendigkeit

Zur Übereinstimmung von kommunistischer Herrschaftspraxis und Ideologie im 20. Jahrhundert

Leitung: Maruhn

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

- 17-1* 23. – 25. 4. **Neue Wege des Sozialkundeunterrichts**
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Weber / Münchenbach
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 17-2* 23. – 25. 4. **Aktuelle Fragen zur politischen Bildung**
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Weber / Schorm
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 17-3* 25. – 27. 4. **Grundfragen der staatsbürgerlichen Bildung**
Fortbildung für Seminarlehrer/innen für staatsbürgerliche Bildung an Realschulen
Leitung: Willenborg
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 17-5 25. 4. **Akademiegespräch im Bayerischen Landtag**
Leitung: Oberreuter
Sekretariat: Karin Sittkus Tel. 08158/256-49
- 17-6 27. – 29. 4. **Mehr Konkurrenz um Arbeit und Lohn?**
Aspekte der Arbeitsmigration durch die EU-Erweiterung
Leitung: Grosch / Hampe / Willenborg
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Landesverband Bayern der DVpB jetzt auch im Internet

Die Vorstellung der neuen Homepage bei der Mitgliederversammlung am 2.12.2000 bildete einen gelungenen Auftakt für den Internetauftritt des bayerischen Landesverbandes der DVpB.

Unter <http://www.dvpb-bayern.de> oder <http://dvpb-bayern.de> bieten wir ab sofort als Serviceleistung für Interessenten und Mitglieder Buchbesprechungen aus „FORUM POLITIKUNTERRICHT“, die anstehenden Verbandstermine, einen Überblick über Tagungen zum Bereich der politischen Bildung in Bayern, fachspezifische Linksammlungen u.v.a.m.

Eine lebhaftere Beteiligung an dem dort eingerichteten Diskussionsforum („Schwarzes Brett“) ist sicher eine gute Möglichkeit, über die Diskussion mit anderen Gewinn für die eigene Arbeit zu ziehen und die Sache der politischen Bildung in Bayern voranzubringen.

Damit die Internetseite ein unsere Zeitschrift ergänzendes lebendiges Forum der politischen Bildung wird, sind wir auf vielfältige Arten von Rückmeldung, sei es durch einen Eintrag ins Gästebuch, sei es durch konstruktive Kritik, durch weiterführende Vorschläge, eigene Beiträge, Tipps für Links zur politischen Bildung u.v.a.m. angewiesen.

Bernhard Hof (Webmaster DVpB-Bayern)

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Mai

- 18-1** 2. - 4. 5. **Demokratie und Neue Medien**
Herausforderungen für die Medienpädagogik
In Kooperation mit dem Institut für Schulplanung und Bildungsforschung (ISB)
Leitung: Schröder / Bauer
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 18-2** 4. - 6. 5. **Reformer, Renegaten, Dissidenten**
Die Rolle innerkommunistischer Opposition
im langen Auflösungsprozess der Parteidiktatur
Leitung: Maruhn
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- 19-1*** 7. - 11. 5. **Aktuelle Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik**
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Hampe / Grunick
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 19-2** 8. - 10. 5. **Die Zukunft der Europäischen Union
zwischen Finalität und Flexibilität**
Leitung: Piazzolo
Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53
- 19-4** 11. - 12. 5. **Föderalismus – Zukunft und Leitbild für die Europäische Union?**
Leitung: Piazzolo / Weber
Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53
- 20-3** 14. - 16. 5. **Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur? -
Die NS-Wirtschaftspolitik auf dem Prüfstand**
Leitung: Hampe / Weber
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- 20-2** 18. - 20. 5. **Welt am Netz**
Neue Medientechniken im Film
In Kooperation mit dem Bundesverband Jugend und Film (LAG Film Bayern)
Leitung: Schröder / Stock
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 21-2** 25. - 27. 5. **Moral und Politik**
Leitung: Schwarzmeier
Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53
- 22-1*** 28. 5. - 1. 6. **Neue Medien und Werterziehung**
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Schröder / Gaiser
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 22-2** 29. 5. – 31. 5. **Keine Angst vor neuen Medien!**
Leitung: Piazzolo
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Juni

- 23-2** 8. - 10. 6. **DDR? War da was?**
Junge Generation in Ost- und Westdeutschland heute
Leitung: Maruhn
Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53
- 24-2** 11. - 13. 6. **Auslaufmodell Flächentarifvertrag?**
Herausforderungen für die Tarifparteien, für Wissenschaft und Politik
Leitung: Hampe
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- 25-1** 18. - 20. 6. **Die neuen Global Players**
Die Rolle von NGO's in der internationalen Politik
Leitung: Grosch
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 25-2** 18. - 20. 6. **Kommunalwahlkampf im Lokalteil**
Ideenbörse für eine etwas andere Berichterstattung
in Kooperation mit dem Institut für Journalistenausbildung
und Kommunikationsforschung an der Universität Passau
Leitung: Schröder
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- 25-4** 22. - 24. 6. **Migration, Integration, Identität -
Zur Kontroverse um den Begriff Leitkultur**
Leitung: Grosch / Willenborg
Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53
- 26-1*** 25. - 29. 6. **Das vereinigte Deutschland –
Folgen und Überwindung der Teilung**
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Weber / Münchenbach
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 26-2*** 25. - 29. 6. **Projektunterricht im GSE-Lehrplan für die Hauptschule**
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Hampe / Schönauer
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Berichtigung

*Im Akademie-Report 4-2000 haben wir auf Seite 5 „Empfehlungen für die journalistische Praxis“ im Umgang mit Migranten gegeben. Leider haben wir vergessen, den Urheber und die Quelle nachzuweisen. Es ist Prof. Dr. Georg Ruhrmann von der Universität Jena und die Fundstelle lautet korrekt: **Georg Ruhrmann (2000): Medien, Integration und interkultureller Dialog. In: Karl-Heinz Meier-Braun und Martin Kilgus (Hg.): Ausländerprogramme für Inländer. 6. Radioforum Ausländer bei uns - Migration und Medien. (=SWR Schriftenreihe Grundlagen 2). Baden-Baden: Nomos, S. 55-66.***

Wir bitten Prof. Ruhrmann und unsere Leser um Entschuldigung und Nachsicht.

ms

Akademie für Politische Bildung
Postfach 220, 82323 Tutzing
Pressesendung DPAG
„Entgelt bezahlt“, B 42656

Namen und Nachrichten

aus der Akademie

DIREKTOR

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter hielt Vorträge in Weimar zum Thema „Direkte Demokratie“ - Erwartungen und politische Ergebnisse“, in Salzburg über die Amerikanisierung des Wahlkampfes in Deutschland, in Berlin über Demokratiedefizite in der EU sowie in München über die Diskussion zur Einführung von Elementen der direkten Demokratie in Deutschland. Er wurde in den erweiterten Landesvorstand der Deutschen Vereinigung für politische Bildung gewählt.

KOLLEGIUM

Dr. Peter Hampe hielt erneut im Rahmen des EU-finanzierten Gastprofessorenprogramms „tempus tacis“ Vorlesungen über „Europäische Wirtschaft“ am Institut für Internationale Beziehungen der Universität Kiev. Auf Einladung des Europäischen Bildungsinstituts CIFE und der Europäischen Akademie referierte er in Gauting bzw. München über „Aspekte der Europäischen Währungsunion“. Auf Einladung der Sächsischen Landeszentrale für Politische Bildung hielt er in Dresden einen Vortragszyklus zum Thema „Der Arbeitsmarkt in der Krise - Zur Zukunft der Erwerbsarbeit“.

Dr. Manfred Schwarzmeier hielt einen Vortrag über das Thema „Demokratieverständnis heute“ in Wies.

Dr. Michael Piazzolo hielt auf Einladung des Europäischen Bildungsinstituts (C.I.F.E.) vor deutschen und französischen Landwirten im oberbayerischen Grainau einen Vortrag zum Thema „Bilanz und Perspektiven der europäischen Integration“. Im Rahmen einer Vortragsreihe der Jungen Europäer Bayern sprach er zu der Thematik „Europa als Wertegemeinschaft“. Darüber hinaus nahm er an einer Podiumsdiskussion in der Universität Regensburg zum Thema „Die Europäische Union nach Nizza: Grundrechtscharta und Verfassungskonvent“ teil.

Dr. Michael Schröder moderierte bei der Bundeszentrale für politische Bildung eine Fachtagung zur Europa-berichterstattung in Hörfunk und Fernsehen. Er wurde zum Schriftführer im bayerischen Landesvorstand der Deutschen Vereinigung für politische Bildung gewählt.

Ich interessiere mich für folgende Seminare und bitte um Zusendung der ausführlichen Tagungsprogramme:
(aus organisatorischen Gründen bitte maximal fünf Seminarnummern angeben)

.....
Etwa 4 - 6 Wochen vor Seminarbeginn erhalten Sie von uns die Unterlagen für Ihre verbindliche Anmeldung.

Name..... Vorname.....

Straße.....

PLZ.....Ort.....

Tel..... Fax.....

Beruf/Institution..... Geburtsjahr.....

Mit dieser Rückmeldung erkläre ich mein Einverständnis zur Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen der tagungsbezogenen Datenverarbeitung der Akademie für Politische Bildung Tutzing